

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Kästner, Berlin.
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Cepedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abnahme mindestens 4 Bogen vor dem Druckbeginn, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für jede Zeile ist Berlin.

Berlin, den 3. Juni 1932.

Int. Institut
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

Einst und jetzt!

SPD. "Ritterliche Kampfweise" forderte Hitler von Hindenburg und Brüning, als die Präsidentschaftswahlen begannen, und wir wissen, wie Hitler dann diese ritterliche Kampfweise eingehalten hat. "Alter unzurechnungsfähiger Trottel" war das geringste, womit derselbe Hindenburg täglich besudelt wurde, von dem sich jetzt der Oberosaf so gerne rufen lässt, und zu dem er nach dem Rücktritt Brünings im Mercedes-Benz und im 90 Kilometer-Tempo gefahren ist. Wir wissen aber auch, wie vornehm der damalige Reichskanzler Brüning den Wahlkampf führte und wie sehr er jedes wohlangebrachte richtige Wort zur richtigen Zeit sowohl gegen Herrn Hitler wie gegen die ihn fördernde Kamarilla versäumte Genutzt hat es Brüning nichts und der Dank wird ihm jetzt von den Braunen Häusern nachgesandt. Ein Massenmörder Kürten hat seinerzeit in der Nazipresse mehr psychologisches Verständnis gefunden und wurde besser beurteilt, als der jetzt hinterlistig zu Fall gebrachte Brüning. Vergebens sucht man in diesen Naziblättern auch nur jenen Funken von Anstand und menschlichem Gefühl, den selbst die Boxkämpfer ihrem am Boden liegenden Gegner entgegenbringen, und den zu versagen, ein Schandmal wäre selbst für die rauhesten und abgebrühtesten Fechter.

Wer dieses Triumpfgeheul der Gazetten des Dritten Reiches liest, die Versammlungsreden der Nazi-Agitatoren, wer ihre Anhänger auf den Strassen heilen und heulen hört, dem tut sich ein Abgrund auf von politischer und menschlicher Verwilderung, ob deren man sich als Deutscher nur schämen kann. Brüning war gewiss nicht der Mann der Sozialdemokratie. Wenn er toleriert wurde und toleriert werden musste, so zeigt das Gesicht der neuen nach ihm gekommenen Regierung warum es geschah, und jeder kommende Tag wird ein neuer Beweis und eine neue Rechtfertigung für diese Tolerierung sein. Wie es aber auch war und ob Brüning, politisch gewertet, ein grosser Staatsmann gewesen ist, eins wird ihm niemand abstreiten können: seine menschlich vornehme Gesinnung, seine bis ins Uebermenschliche gesteigerte Arbeitskraft. Die Zeit wird kommen, wo auch die Geschichte ihr Wort über die Aera Brüning, und über die Person dieses Kanzlers sagen wird. Im Spiegel und im Siegesgeschrei der Nazipresse betrachtet, wächst dieser Brüning bereits jetzt zu einer wahrhaft sympathischen Figur.

Wir erinnern uns, angesichts dieser schamlosen Naziskribenten, an das Jahr 1917, an Bethmann-Hollweg, der unter den gleichen Umständen und durch die selben Intrigen in einer Zeit gestürzt wurde, die entscheidend war für den Ausgang des Krieges und für die Zukunft des deutschen Volkes. Eine Zeit, von der der damalige Vizekanzler Helfferich ahnungsvoll voraussagte: "wenn diese Karte nicht sticht, sind wir auf Jahrhunderte verloren". Bethmann-Hollweg war ebenfalls kein Freund der Sozialdemokratie. Er war ein Zauderer und Schwächling, dem sein Herr und Meister und das Wohl der Junker und Gross-Industriellen mehr galt, als das regierte Volk. Bethmann-Hollweg, der Mann des Dreiklassenwahlrechts und der "gottgewollten Abhängigkeiten"; der Mann der Kriegerklärungen an "den inneren Feind" vor dem Juli 1914, und

an "die äusseren Feinde" im August 1914. Als er gestürzt wurde, der treue Diener und Vertreter des kaiserlichen Systems, lagen Millionen deutscher Soldaten, deutscher Väter, Söhne und Ernährer ihre Familien zerfetzt in den Massengräbern oder blutend und verstümmelt in den Lazaretten. Kohlrüben waren selbst für die Säuglinge Trumpf und keine Türe hatte mehr eine Messingklinke, keine Lokomotive ein Kupferrohr. Ein Meer von Blut und Tränen war alles, was Bethmann-Hollweg hinterliess. Vergebens wird man jedoch eine sozialdemokratische Zeitung oder Rede aus jener Zeit suchen, die, trotz aller Kritik an dem von den Generälen gestürzten Kanzler, nicht jenes Mass von menschlicher Würde und menschlichem Anstand besessen hätte, das die Sozialdemokratie immer und zu allen Zeiten der Persönlichkeit gegeben hat.

Brüning ist nicht mehr Reichskanzler! Selbst die kleinste Ehrenjungfer des Hakenkreuzes versetzt ihm getreu der Ritterlichkeit der Hitler und Konsorten noch schnell drei Fusstritte. So pochen die Nazis an die Regierungstür, in tragischer Stunde. So begehren sie Einlass und ihre ersten Worte sind Rache. Erst Rache und dann noch lange keine Arbeit, und kein Brot. Mögen sich die Herren mit ihrem Rachegeschrei nicht verrechnen und möge es nicht zu spät sein, wenn einmal das Volk wirklich erwacht!

SPD. Rom, 3. Juni (Eig. Drahtb.)

Der italienische Aussenminister befasste sich am Freitag in einer Rede im Senat mit der Abrüstungskonferenz, der Reparations- und Schuldenfrage, dem Problem der Hilfe für die Donauländer und der sogenannten "italienischen Frage", d.h. Italiens Anspruch auf Expansion.

Inbezug auf die Abrüstungskonferenz erklärte Grandi, dass sie auf dem toten Punkt angelangt sei und die Arbeit neu begonnen werden müsse. Der Bankrott der Abrüstungskonferenz würde den Bankrott des ganzen Völkerbundes bedeuten. Hinsichtlich der Reparationen seien Italiens Programm und Ueberzeugung die gleichen geblieben. Es sei zur Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise notwendig, ein für allemal das Problem der Schulden und Reparationen endgültig zu lösen. Italien sei nach wie vor für die völlige Streichung der tragischen Kriegsrechnung. Es erkläre sich zu ernster Aufbauarbeit bereit, aber es könne nicht mehr Opfer übernehmen, als es seinen Möglichkeiten entspreche. Den Donauländern müsse ebenfalls schnellstens geholfen werden.

Am Schluss seiner Rede erklärte Grandi: Italiens 42 Millionen Einwohner könnten in den engen Grenzen nicht dauernd leben. Italiens wirtschaftliche Bewegungsfreiheit und seine Sicherheit ständen unter dem kaudinischen Joch des Zwanges. Diese Lebensfrage Italiens müsse unbedingt in das grosse Problem der Erneuerung und des Wiederaufbaues der Welt eingereicht werden.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat am Freitag beschlossen, dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags am 4. Juni 1932 in Vorschlag zu bringen.

Die ministerielle Baronie hat den 4. Juni als Auflösungsstermin gewählt, weil sie am 3. Juni, dem Tag ihres formellen Beschlusses, mit ihrem Programm, das zugleich mit der Auflösungsverfügung des Reichspräsidenten veröffentlicht werden soll, noch nicht fertig war. Ihrem formellen Antrag an den Reichspräsidenten selbst ging die Zusage Hindenburgs voraus, dass er die Auflösungsordre erteilt.

Damit ist der Reichstag des 14. September 1930 ab Sonnabend als aufgelöst zu betrachten. Das Kabinett der feudalen Barone und Freiherren flüchtete vor

diesem Reichstag, weil es seiner Niederlage durch die Volksvertretung gewiss war. Darum hat es ihn aufgelöst - gegen die Sozialdemokratie und gegen das Zentrum! Das Kabinett der Barone will einen Reichstag haben, in dem mehr Nationalsozialisten sitzen aber weniger sozialdemokratische und christliche Arbeitervertreter.

Das Kabinett von Papen ist die erste Frucht der nationalsozialistischen Wahlsiege. Je mehr Nationalsozialisten gewählt werden, desto grösser wird der Einfluss der Grossgrundbesitzer, der Schwerindustriellen, der Generale, der Adligen, desto geringer wird der Einfluss der Arbeiter, der Angestellten und Beamten, der Bauern, des Mittelstandes, kurz, des "gewöhnlichen Volkes". Werden bei den kommenden Reichstagswahlen noch mehr Nationalsozialisten gewählt, so wird es noch mehr Barone als Minister geben und noch weniger Brot und noch mehr Steuern für das "gewöhnliche Volk".

Grossgrundbesitzer und Adlige, schwerindustrielle Scharfmacher und Grosskapitalisten treten jetzt offen als Förderer und Nutzniesser der nationalsozialistischen Bewegung hervor. Sie wollen Rache an der Sozialdemokratie, die sie ihrer privilegierten Stellung beraubt und dem "gewöhnlichen Volk" politische Rechte erkämpft hat. Sie wollen das Tarifrecht zertrümmern und wieder Herr im Hause sein! Sie wollen zurück zu den Gesindeordnungen, die ihnen erlaubten, ihre Landarbeiter zu prügeln. Sie wollen die Gewerkschaften zerschlagen, damit die Arbeiter ohne Vertretung sind! Dazu brauchen sie die Nationalsozialisten!

Seit Jahr und Tag ergiesst sich eine Schlammlut von Lüge und Verleumdung über die Sozialdemokratie. Das Stichwort "Schuld hat die SPD" ist in den Kontoren der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie ausgeheckt. Die Presse der Rechtsparteien und der Kommunisten hat es begeistert aufgenommen. Sie hat gegen die Sozialdemokratie den parteipolitischen Bakterienkrieg organisiert. Nichts Uebles kann in der Welt passieren, das nicht auf "die Schuld der SPD" zurückgeführt wird. "Schuld hat die SPD", das ist das Zauberwort, mit dem man die Hirne aller politisch Unwissenden rekleistert, mit dem man alle Rätsel löst, alle Zusammenhänge erklärt, alle Probleme meistert. Wie man im Mittelalter alle unangenehmen Dinge den Teufeln, Hexen und bösen Geistern zuschrieb, so hat jetzt die SPD an allem schuld.

Die Verbreitung des Aberglaubens wird von niemandem eifriger betrieben als von Hitler und seiner Partei. Finanziert aber wird der Lügenfeldzug von entthronten Fürsten, die überreiche Abfindungen erhalten haben, von Grossgrundbesitzern, die die öffentlichen Kassen zu ihrer Sanierung in Anspruch nehmen, von Konzernen und Banken, die aus staatlichen Mitteln gestützt werden. Das Volk soll nicht erfahren, dass kaiserliche Misswirtschaft in den Abgrund des Krieges und der Niederlage geführt hat, dass die Grossenschanzen die Mittel der Kleinen für sich in Anspruch nehmen. Es soll nicht begreifen, dass das kapitalistische System der wahre Schuldige an allem Elend dieser Zeit ist, denn würde das Volk das begreifen, dann würde es der Sozialdemokratie Recht geben, die das kapitalistische System und die kapitalistische Interessentenwirtschaft auf das schärfste bekämpft.

Die "Nationalsozialisten" aber, das sind die "Sozialisten", wie das Grosskapital sie sich wünscht. Die Partei Hitlers, das ist die "Arbeiterpartei", wie die Industriellen sie sich schon immer vorgestellt haben. Vorne die Prinzen, Fürsten, Grafen, Generale und Kommerzienräte, dann lange nichts und ganz am Schluss die Arbeiter. Was daraus wird, wenn diese "Arbeiterpartei" Zulassung findet, dafür liefert das Kabinett der Barone die erste Probe. Sie wird nicht die letzte sein, sondern viel schlimmere werden folgen, wenn das Volk nicht rechtzeitig erwacht und sehend wird.

Das Kabinett der Barone hat den Reichstag aufgelöst. Es will noch ne...

drigere Löhne und elendere Unterstützungen, noch mehr Arbeitslose, Kriegerhinterbliebene, Alters- und Invalidenrentner, noch mehr Schutzzoll, noch mehr Steuer - - und dazu braucht es im Reichstag mehr Nationalsozialisten!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, begreift was da gespielt wird. Denkt nach und gebt euren Feinden die richtige Antwort.

SPD. Paris, 3. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Kammer hat am Freitag den bisherigen Kammerpräsidenten Bouisson (Soz) mit 504 Stimmen wiedergewählt. Die Kommunisten stimmten für einen ihrer Abgeordneten, der im Gefängnis sitzt. Ausserdem waren 33 weisse Stimmzettel abgegeben worden. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt die Abgeordneten Dalimier und Miellet (Radikale), Pâté (radikale Linke) und Moncelle (Unabhängige Rechte).

Im Senat wurde am Freitag nachmittag der radikale Senator Jeanneney mit 228 von 245 Stimmen als Nachfolger Lebruns zum Präsidenten gewählt. Jeanneney ist 1864 in Besancon geboren. Er ist Rechtsanwalt, übt aber seinen Beruf nicht mehr aus. Im Jahre 1902 wurde er in die Kammer gewählt, der er bis zu seiner Ernennung zum Senator im Jahre 1909 angehörte. Er war bisher Vizepräsident des Senats und Vorsitzender der Finanzkommission. Von 1917 bis 1920 war Jeanneney Unterstaatssekretär im Kabinett Clemenceau.

SPD. Der Preussische Landtag hat am Freitag seine allgemeine politische Debatte zuende geführt. In der Abstimmung wurde der Antrag der Deutschnationalen, die Geschäftsordnung rückwärts zu regidieren und so die Möglichkeit zu schaffen einen neuen Ministerpräsidenten auch ohne Mehrheit zu wählen, mit 212 Stimmen der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Kommunisten gegen 202 Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Splittergruppen abgelehnt. Damit war die politische Entscheidung gefallen: die Nationalsozialisten haben nicht die Möglichkeit, ohne Verständigung mit dem Zentrum die Regierung in Preussen an sich zu nehmen.

Natürlich rief dieses Ergebnis bei den Nationalsozialisten gewaltigen Theaterdonner und wilde Entrüstungsschreie gegen die Kommunisten hervor. Zu Unrecht! Die Kommunisten wären die grössten Kälber, wenn sie ausgerechnet an dem Tage, an dem der nationalsozialistische Redner Abg. Freisler jedem einzelnen Kommunisten Tod und Vernichtung angedroht hat, diesen Gewaltverbrechern die Staatsmacht ausliefern würden. Aber die Kommunisten haben sich die Vorwürfe schliesslich selbst zuzuschreiben. Haben sie doch im vorigen Preussenlandtag gemeinsam mit den Nationalsozialisten gegen die Abänderung der Geschäftsordnung, die sie heute als notwendig erkennen, Obstruktion getrieben.

Man darf übrigens die Drohungen und Beschimpfungen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten nicht allzu feierlich nehmen. Fünf Minuten nach dem grossen Geschrei hatten sie sich über einen gemeinsamen Trick gegen die Regierung Otto Braun verständigt. Als nächster Punkt stand auf der Tagesordnung das deutschnationale Misstrauensvotum gegen das zurückgetretene Kabinett. Die Kommunisten hatten erklärt, dass sie dagegen stimmen würden. Mit der Ablehnung des deutschnationalen Misstrauensantrages wäre auch der kommunistische Misstrauensantrag erledigt gewesen. Aber da verständigten sich Kommunisten und Nationalsozialisten, den dritten Punkt der Tagesordnung, das kommunistische Misstrauensvotum, zuerst zur Abstimmung zu bringen, und der Nazipräsident Kerrl gab seinen Segen dazu, Antrag 3 vor Antrag 2 zu verabschieden. Zentrum und Sozialdemokratie beteiligten sich an dieser Komödienabstimmung nicht. So wurde der kommunistische Misstrauensantrag mit 253 Stimmen angenommen. Dieser Versuch, eine Leiche zu schlachten, endete natürlich in verdienter Heiterkeit.

Nächster Abstimmungsgegenstand war ein kommunistisches Antragspotpourri. Es bestand aus drei grundverschiedenen Dingen: Einstellung der Youngzahlungen; Aufhebung aller Notverordnungen; Beseitigung aller Zölle. Für das Nichtweiterzahlen hätten natürlich alle Parteien gestimmt; für die Aufhebung der Notverordnungen wahrscheinlich Nationalsozialisten und Kommunisten; für die sofortige Aufhebung aller Zölle nur die Kommunisten. Diese widersprachen aber als Antragsteller einer Teilung der Abstimmung, und so beteiligten sich Zentrum und Nationalsozialisten an der Abstimmung überhaupt nicht und machten das Haus beschlussunfähig. Sichtlich erfreut, vom Zwang weiterer Abstimmungen befreit zu sein, hob der Nazipräsident Kerri die Sitzung auf, ohne einen neuen Sitzungstermin bekanntzugeben.

Politisches Ergebnis: der Fraktionsvorsitzende der Nationalsozialisten, Abgeordneter Kube, hat bereits am Donnerstag erklärt, eine Neubildung der preussischen Regierung erscheine ihm im Augenblick weder notwendig noch zweckmässig. Die Nationalsozialisten wollen vor den bevorstehenden Reichstagswahlen irgend eine Verantwortung nicht übernehmen. Sie betrügen ihre Wähler um die Frucht der Wahl der 162 Naziabgeordneten und lassen lieber ruhig auf unabhsehbare Zeit Otto Braun weiterregieren. Sie scheuen jegliche Verantwortung wie der Teufel das Weihwasser. Aber wenn die Regierung Otto Braun nach der Ueberzeugung der Nationalsozialisten selbst nur den hundertsten Teil der Verbrechen begangen hätte, die sie ihr vorwerfen, müssten sie alles daran setzen und jedes Opfer bringen, sie sofort vom Platz zu entfernen. Dass sie es nicht tun, beweist am allerbesten, dass sie von ihren eigenen Verleumdungen kein Wort glauben!

+ + +

Von dem Rest der politischen Aussprache, die vorherging, sei eine Rede des Naziabgeordneten Freisler erwähnt, die das Muster der Naziversammlungsrede darstellt. Sie enthielt all die Vorwürfe, mit denen die Nationalsozialisten im Lande gegen die Sozialdemokratie operieren. Natürlich erlitt Herr Freisler damit im Parlament kläglichen Schiffbruch. Der Naziabgeordnete Lohse machte schüchterne Versuche, einiges über Arbeitsbeschaffung zu sagen; aber über die Arbeitsdienstpflicht und die Sperrung der Einfuhr kam er nicht hinaus. Dass damit auch die Ausfuhr gesperrt würde, hat er natürlich noch nicht be-
griffen.

Abg. Drügemüller (Soz) rechnete noch einmal scharf und klar mit der Nazi-
demagogie ab. Er zeigte das alte Hohenzollernreich, wie es wirklich war, mit seiner brutalen Unterdrückung der Arbeiterbewegung, mit seiner Volksverachtung und reaktionären Klassenscheidung. Hohenzollernregiment hat Volk und Staat in den Abgrund des Weltkrieges und der Katastrophe geführt. In die Bre-
sche sind aufopferungsfreudig 1918 die Sozialdemokraten gesprungen. Sie haben ehrlich dem deutschen Volk gesagt, dass wir vor einem Trümmerhaufen, vor einer vierzigjährigen Wüstenwanderung stehen. Was wir jetzt leiden, sind Folgen des Krieges, Folgen der kapitalistischen Anarchie, Folgen der national-
istischen Verhetzung. An echter nationaler Tatbereitschaft von niemandem über-
troffen bleibt sich die aufgeklärte deutsche Arbeiterschaft bewusst, dass aus dem Elend nur herausführt das alte Menschheitsideal der Freiheit, Gleich-
heit, Brüderlichkeit.

So ist anstelle des Reichstages, den die Regierung von Papen nicht mehr einzuberufen wagte, im Preussen-Landtag die Parole für die nächste Wahl-
schlacht ausgegeben worden.

SPD. Paris, 3. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Präsident der Republik hat am Freitag abend Herriot mit der Kabinettsbildung beauftragt. Herriot hat den Auftrag angenommen und dem Präsidenten erklärt, dass er ihm so schnell wie möglich die endgültige Ministerliste unterbreiten werde.

Vorher hatte der Präsident der Republik Besprechungen mit den Präsidenten der Kammer und des Senats, die ihm angesichts der Wahlergebnisse die Ernennung Herriots empfohlen haben. Die sonst üblichen Besprechungen des Präsidenten mit den Fraktionsvorsitzenden fanden nicht statt.

SPD. Der Reichspräsident hat den Vortragenden Legationsrat Dr. Ritter von Kaufmann-Asser zum Ministerialdirektor und Leiter der Vereinigten Presseabteilung der Reichsregierung ernannt.

Wieder ein Baron!

SPD. Stuttgart, 3. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Württembergische Landtag befasste sich am Freitag mit einer Interpellation des Zentrums über die Finanzlage des Staates Württemberg. Finanzminister Dr. Pehlinger teilte im Verlauf der Debatte mit, dass der Staatshaushalt für 1931 als ausgeglichen angesehen werden dürfe, wenn das Abkommen mit dem Reich wegen der Postabfindung, das eine jährliche Zahlung von 4 Millionen Mark an Württemberg vorsieht, durchgeführt werde. Dieses Abkommen werde jedoch von Preussen durch eine Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich angefochten. Beim Staatshaushaltsplan für 1932 stehe ein Einnahmerückgang von 33,4 Millionen einer Verbesserung auf der Ausgabenseite von etwa 20 Millionen gegenüber. Es verbleibe ein Defizit von 9½ Millionen Mark, dessen Ausgleich der Finanzminister als die Kernfrage der Landespolitik bezeichnete.

SPD. Die Regierung der konzentrierten Reaktion wird am Sonnabend mit der Verfügung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags zugleich programmatische Ausserungen verlautbaren lassen. Man beabsichtigt, sich in diesen Ausserungen auf die dringendsten Gegenwartsaufgaben zu beschränken. Ein herrlicher Vorwand, um die eigentlichen Absichten dieser durch Hintertreppenpolitik zustande gekommenen Regierung von Papen zu verbergen!

Immerhin gibt es für die Absichten der neuen "Präsidialregierung" einige Anhaltspunkte, und das sind insbesondere zwei Reden, die der Vorsitzende der ministeriellen Baronie Herr von Papen am 2. Oktober 1931 in Dülmen und am 8. April 1932, also kurz vor der zweiten Präsidentenwahl, im Verlauf eines Schwanengesanges vor der Wählerschaft seines langjährigen Wohnsitzes Merfeld bei Dülmen hielt. Im Zentrum ist der Inhalt beider Reden heftig kritisiert worden und ein grosser Teil der Zentrums Presse hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Zentrumspartei mit den Reden des Herrn von Papen nichts gemein hat.

In Dülmen forderte von Papen innenpolitisch eine scharfe Schwenkung der Politik nach rechts. Die versteckte Diktatur der Regierung Brüning müsse sich der parlamentarischen Verkleidung entledigen. Brüning müsse ein "nationales Konzentrations-Kabinet" bilden, das losgelöst sei von jeder parlamentarischen Verantwortlichkeit und sozusagen eine Diktatur auf nationaler Grundlage errichten. Sozialpolitisch sei die Abschaffung aller Tarifverträge erforderlich,

ferner ein neues Fürsorgewesen, das in das freie Benehmen des Unternehmers zu stellen sei, und schliesslich die Abschaffung der Knappschaften.

In Merfeld bei Dülmen forderte von Papen anlässlich seines Schwanengesanges die Reorganisation und Reformation der deutschen Verfassung von Grund auf, Änderung des Parlamentarismus, eine erste Kammer, ähnlich dem alten Herrenhaus, das als Regulativ über das Parlament gestellt werden müsse, und ausserdem eine Verwaltungs- und Reichsreform, die zur Beseitigung des Dualismus Preussen-Reich führe. Das aber sei nur möglich, wenn in Reich und Preussen die grossen Regierungskonstellationen zu verzeichnen seien, und das wiederum sei nur erreichbar, wenn es gelinge, den Nationalsozialismus zu positiver Mitarbeit heranzuziehen und aus ihm herauszuholen, was an Gutem und Wertvollem in ihm stecke.

In diesem Zusammenhang sind Äusserungen bemerkenswert, die Generalleutnant von Schleicher, der neue Wehrminister, in diesen Tagen vor vertrauten Kreisen über die Dauer des Kabinetts von Papen gemacht hat. Diese Äusserungen, nach denen die neue Regierung vier Jahre im Amt bleiben werde und Hitler niemals im Reich, wohl aber in Preussen zur Regierung kommen dürfe, veranlassen das Berliner Organ der christlichen Gewerkschaften "Der Deutsche" zu folgenden Auslassungen:

"Diese Neuwahl des Reichstages ist eine der Abmachungen, die von den neuen Männern mit Hitler geschlossen sind. Die Nationalsozialisten werden gemäss diesen Absichten das Kabinett Papen tolerieren. Durchaus wohlwollend tolerieren. Denn die Abmachungen zwischen Hitler und dem jetzigen Reichswehrminister Schleicher greifen offenbar weit über die Neuwahlen hinaus. Entsprechende Äusserungen von General v. Schleicher sind bekannt; danach rechnet der Reichswehrminister mit einer Regierungszeit dieses Kabinetts von vier Jahren. Mag sein, dass nach den Reichstagswahlen der eine oder andere Minister abgelöst wird von einem den Nationalsozialisten nahestehenden Mann - die eigentlichen Träger des Kabinetts und seines Kurses sind willens, zu bleiben. Dazu haben sie, wie versichert wird, das Einverständnis Hitlers. Als Entgelt für dieses Zugeständnis sollen die Nationalsozialisten die Regierung in Preussen erhalten wenn nötig, mit Hilfe von Neuwahlen und mit Hilfe des Reiches. Hitler verspricht sich offenbar von der Uebernahme der Macht und des ganzen Verwaltungsapparates in Preussen mehr für seine Anhänger als von einer Uebernahme der Verantwortung im Reich."

Die Reden des Herrn von Papen und die jüngsten Erklärungen seines Schrittmachers von Schleicher sind jedenfalls ein Beweis mehr dafür, dass der Sturz Brüning und die Uebernahme der Macht durch die Baronie von langer Hand vorbereitet sind. Sie waren nur möglich im Einverständnis mit Hitler. Während dieser Heiland aus dem Böhmerwald seinem Anhang tagtäglich die baldige Uebernahme der Macht im Reich und in den Ländern prophezeien lässt, schachert die nationalsozialistische Führung nach schlimmster jüdischer Manier mit ihren feudalen Geldgebern, Baronen, Grafen, Freiherrn, Schwerindustriellen und Grossagrarier um die Ämter im Reich und in Preussen. Ein grösseres Täuschungsmanöver ist kaum vorstellbar. Sein Ziel und Zweck ergibt sich aus den oben wiedergegebenen Äusserungen des Herrn von Papen: Man will zurück zum Deutschland des Dreiklassenwahlrechts! In diesem Ziel ist sich die Baronie mit Hitler und Konsorten einig. Darum die Aufpöppelung der Nazi-Arbeiterpartei durch grosse Geldsummen! Die Dummen sind alle die, die dem Schwindel von der Nazi-Arbeiterpartei ihre Kraft und Glauben geschenkt haben.

SPD. Die Neuwahlen zum Reichstag, die durch die willkürliche Auflösung des Reichsparlaments durch die freiherrliche Regierung von Papen erforderlich geworden sind, werden voraussichtlich am 17. Juli stattfinden. Ein endgültiger Termin durch die Reichsregierung ist jedoch noch nicht festgesetzt.

SPD. Braunschweig, 3. Juni (Eig. Drahtb)
Am Freitag abend gegen zehn Uhr erfolgte in Braunschweig ein offenbar planmässig organisierter Ueberfall auf die Ortsvereinsgeschäftsstelle des Reichsbanners Handelsweg 5. Etwa 50 Nationalsozialisten erschienen vor dem Hause, warfen die Fensterscheiben ein und rissen das Schild "Geschäftsstelle" ab, das sie bei der Flucht im Auto mitnahmen. Bisher konnte nur der Name des Autobesitzers festgestellt werden. Man darf gespannt sein, wie sich die Polizei des Herrn Klagges in diesem Falle verhalten wird.

SPD. Es hat sich herausgestellt, dass der konfuse Plan, eine neue Partei zu gründen, die politisch links und wirtschaftlich rechts von der Sozialdemokratie stehen soll, von Otto Hörsing betrieben wird. Der mehrmonatige Aufenthalt im Sanatorium, das Hörsing nach seiner verunglückten Gründung des "Volkskurier" zur Wiederherstellung seiner Nerven aufsuchte, hat offenbar keine nachhaltige Wirkung gehabt, sonst könnte er einen solchen Frevel an der Sozialdemokratie unmöglich begehen. Wir glauben, dass der Ausschluss Hörsings aus der Partei durch den Parteivorstand nach genauer Feststellung des Tatbestandes nur noch eine Formalität ist.

+ + +
Die Bundespressestelle des Reichsbanners teilt mit: Der bisherige Erste Bundesführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Otto Hörsing hat unter dem 3. Juni dem Bundesvorstand schriftlich mitgeteilt, dass er von der Bundesführung zurücktritt und aus dem Bundesvorstand ausscheidet. Die tatsächliche Leitung des Bundes lag schon seit Ende des vorigen Jahres in den Händen des geschäftsführenden Bundesvorsitzenden Karl Höltermann.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Zuchthausantrag gegen Sklareks.

Ueberführung von Leo und Willi Sklarek ins Gefängnislazarett.

SPD. Im Berliner Sklarekprozess beantragte nach monatelanger Verhandlung Oberstaatsanwalt von Steinäcker gegen Willi und Leo Sklarek eine Gesamtstrafe von je 6 Jahren Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre, Anrechnung der Untersuchungshaft. Der Beschluss, durch den die Gebrüder Sklarek mit der Vollziehung des bestehenden Haftbefehls verschont sind, soll aufgehoben werden. In zwei Fällen der Betrugsanklage zum Nachteil der Stadt Berlin und der Berliner Anschaffungsgesellschaft und in einigen Einzelpunkten der Anklage wurde Freispruch beantragt.

Ferner verlangte der Staatsanwalt gegen den Buchhalter Lehmann wegen Beihilfe zum Betrug und schwerer Urkundenfälschung in Sachen der Stadtbank 2 Jahre Gefängnis; gegen den Buchhalter Tuch wegen Beihilfe zum Betrug an der Stadtbank ein Jahr Gefängnis; gegen Stadtbankdirektor Schmitt wegen schwerer passiver Bestechung 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von 5 Jahren; gegen Stadtbankdirektor Hoffmann wegen schwerer passiver Bestechung 2 Jahre Gefängnis und Aberkennung der Berechtigung zu einer Beamtenstellung auf 5 Jahre; gegen Bürgermeister Kohl wegen schwerer passiver Bestechung 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und Aberkennung des Rechts auf eine Beamtenstelle auf 5 Jahre; gegen Bürgermeister Schneider wegen schwerer passiver Bestechung 1 Jahr 9 Monate Gefängnis und Aberkennung des Rechts auf eine Beamtenstelle auf 5 Jahre; gegen Saokoloffski wegen schwerer passiver Bestechung 10 Monate Gefängnis und Aberkennung des Rechts auf eine Beamtenstelle auf 5 Jahre; gegen Stadtrat Gäbel wegen schwerer passiver Bestechung und wegen Beihilfe zum Betrug zum Nachteil der Ostbank 1 Jahr 8 Monate Gefängnis; gegen Stadtrat Degner wegen schwerer passiver Bestechung 9 Monate Gefängnis; gegen den Buchprüfer Lüding 1 Jahr 3 Monate Gefängnis wegen schwerer passiver Bestechung. Erlass eines Haftbefehls bei Urteilspruch wird ausser gegen die Brüder Sklarek gegen die Angeklagten Lehmann, Schmitt, Hoffmann, Kohl, Gäbel, Schneider und Lüding beantragt. Das von den Angeklagten als Bestechung Empfangene soll dem Staat zufallen.

Bezüglich der Strafzumessung für die Straftaten der Angeklagten Leo und Willi Sklarek führte Oberstaatsanwalt Freiherr von Steinäcker aus, dass hier der Grundsatz "Gleiche Brüder gleiche Kappen" zu gelten habe. Der fortgesetzte Betrug, zum Teil in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung zum Nachteil der Stadtbank sei theoretisch mit je 5 Jahren Zuchthaus zu bestrafen, der Betrug an der Dresdner Bank mit je 6 Monaten Gefängnis, der Betrug an der Ostbank mit je 8 Monaten Gefängnis, das Konkursverbrechen und Konkursvergehen mit je 4 Jahren Zuchthaus, die Bestechung durch acht fortgesetzte Handlungen mit je zwei Jahren Gefängnis für jeden einzelnen Fall. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft ersuchte, diese Einzelstrafen zu einer Gesamtstrafe von je 6 Jahren Zuchthaus zusammenzuziehen.

Der Staatsanwalt wies im Verlauf seines Plädoyers darauf hin, dass die Höhe der Strafanträge in direktem Zusammenhang stehe mit der Höhe des angerichteten Schadens von 10 Millionen Mark. Das Urteil des Gerichts werde aber auch aus moralischen Gründen epochale Bedeutung haben; der Sumpf müsse ausgetrocknet werden. An der Schuld der Angeklagten bestünde kein Zweifel.

kein Zweifel bestehe aber auch an der moralischen Mitschuld des strafrechtlich unbelasteten, aber praktisch ahnungslosen früheren Oberbürgermeister Böss, der von sich allzusehr eingenommen gewesen sei und "in einer Wolke von Weihrauch" geschwebt habe. Aber die in dieser Richtung gemachten Verteidigungsversuche der Sklareks könnten als widerlegt gelten, ferner auch der Einwand hinsichtlich der Alleinschuld ihres verhandlungsunfähigen Bruders Max und der Mitwisserschaft der Stadtbankdirektoren. Könne man nun auch bei einigen Beamten sagen, dass sie sich von den Sklareks hätten umgarnen lassen, so wäre die Plumpheit doch keine Entschuldigung. Die Stadtbankdirektoren hätten die Sklareks bei offiziellen Anlässen als Ehrengäste gesehen: es könne ihnen somit geglaubt werden, dass sie von der Bonität der Sklareks überzeugt waren; das schliesse aber nicht aus, dass sie bei der Kreditgewährung mit viel grösserer Sorgfalt hätten vorgehen müssen. Man hielt die Sklareks für reich, deshalb wurden sie geehrt, deshalb wurden sie auch bevorzugt - ein richtiger Tanz ums goldene Kalb."

Schliesslich begründete der Oberstaatsanwalt, weshalb man den Gebrüdern Sklarek mildernde Umstände versagen müsse. Die den Angeklagten zur Last gelegten Verfehlungen seien ungeheuerlich; riesengross sei auch der durch ihr skrupelloses Vorgehen und die Gemeingefährlichkeit angerichtete Schaden; schliesslich müsse man auch bedenken, dass keiner der Angeklagten wirkliche Reue und Einsicht gezeigt habe.

Die meisten Angeklagten nahmen die Strafanträge mit Fassung entgegen. Leo Sklarek brach in Weinen aus, später auch Willi Sklarek, Stadtbankdirektor Hoffmann schlug wütend mit der Faust auf den Tisch. Willi Sklarek bat nach entsprechenden Ausführungen seines Verteidigers unter andauerndem Schluchzen: "Ich bitte, mich in Freiheit zu lassen. Der Antrag ist ja wie für einen Mörder. Ich denke nicht an Flucht, und ich bin trotz meiner Krankheit, trotzdem ich schweres Fieber hatte, immer vor Gericht erschienen, und ich werde auch jetzt nicht den Prozess sabotieren und fortgehen. Ich halte mein Versprechen, Herr Vorsitzender, das schwöre ich Ihnen hoch und heilig." Leo Sklarek äusserte sich im gleichen Sinne.

Oberstaatsanwalt Freiherr von Steinäcker hielt seinen Antrag auf sofortige Verhaftung der Sklareks aufrecht. Das Gericht verkündete nach längerer Beratung die Ablehnung dieses Antrages, da das Gericht bei keinem der Angeklagten zur Zeit Fluchtverdacht hege. Indes sollen die Angeklagten Leo und Willi Sklarek bis zum nächsten Verhandlungstermin am Montag, den 6. Juni in Gewahrsam genommen und in das Lazarett des Untersuchungsgefängnisses gelegt werden. Dauernde ärztliche Kontrolle der Angeklagten solle ihre weitere Verhandlungsfähigkeit gewährleisten. Leo und Willi Sklarek baten inständig, diesen Beschluss rückgängig zu machen, wurden jedoch abschlägig beschieden.

Nachdem der Vorsitzende die Verhandlung geschlossen hatte, kam es noch zu einem dramatischen Zwischenfall. Plötzlich erschien die Ehefrau des Angeklagten Leo Sklarek im Schwurgerichtssaal, erblickte das verweinte Gesicht Leo Sklareks und stürzte mit einem Aufschrei ohnmächtig zu Boden.

+ + +

Die Giftwirkung. Im weiteren Verlauf des Gubener Giftmordprozesses wurde am Freitag der Leiter des Fürstenberger Krankenhauses, Dr. Kalisch, vernommen. Der Zeuge ist in der Todesnacht zu dem nach der Anklage von Frau Else Zihm vergifteten achtjährigen Hansgeorg Zihm gerufen worden. Dr. Kalisch erklärte, dass bei seinem Eintreffen um 1 Uhr 30 nachts die Pupillen des Kindes schon sehr erweitert, die Pulsschläge nur noch äusserst schwach und die Atemzüge kaum wahrnehmbar gewesen wären. Der Anklageschrift ist nun die Ermittlungsfeststellung zugrundegelegt, dass als Tatzeit nur die Zeit von 12 Uhr 45 bis 1 Uhr nachts in Frage käme. Die einzelnen Sachverständigen sollen darüber aussagen, nach welcher Zeit bei einer Vergiftung durch Chlorkalk der Tod eintritt.

+ + +

Der Prügelpastor. Im Tempeliner Fürsorgeprozess bestätigte am Freitag als Zeuge der Berliner Magistratsrat Knauth vom Landesjugendamt die bis herigen belastenden Aussagen über die Zustände in Waldhof. -Anschliessend wurde der "Fall Schröder" erörtert. Der angeklagte Erzieher Wenda hat ohne jeden triftigen Grund einen Hammer so stark gegen den schwächlichen Zögling Bruno Schröder geschleudert, dass dieser zusammenbrach. Dann hat er den am Boden liegenden Jungen eine Kellertreppe hinabgeschleudert. Im Keller hat der gleichfalls angeklagte Erzieher und stellvertretende Anstaltsleiter Schröder mit einem Holzschicht eingeschlagen. Wenda leugnet den Vorfall vollkommen, Franke teilweise. Das Ergebnis der Beweisaufnahme ist belastend. - Bruno Schröder, der auch als "ebenkläger zugelassen ist, berichtete ferner, wie einmal 13 Jungen wegen starken Lärms nachts in Unterhosen in den Hof gerufen wurden, zur Strafe 50 Kniebeugen machen und dann noch stundenlang Kartoffelschälen mussten.

Am Nachmittag wurde der Anstaltsdirektor Pastor Grüber vernommen. Der Direktor war bemüht, die angeklagten Erzieher zu decken. Der fortgesetzten Anwendung der Prügelstrafen wollte er einen wissenschaftlichen Anstrich geben: er machte einen Unterschied zwischen "Strafe als Strafe und Strafe als Protest", nannte die Prügel: "Lösung einer Verkrampfung, adäquaten Protest, seelisches Zurechtrücken" usw. Als das Gericht zur konkreten Behandlung der einzelnen Fälle kommen wollte, stellte sich Pastor Grüber vollkommen ahnungslos und erklärte, dass sein Gedächtnis versage. Als es für ihn brenzlich wurde, sah er sich ausserstande, der Verhandlung weiter zu folgen. Die Freitag-Sitzung wurde daraufhin ziemlich plötzlich abgebrochen.

+ + +
Flugzeugunglück. Am Freitag-Nachmittag gegen 6 Uhr stürzte in der Nähe des Flugplatzes Berlin-Johannistal ein Sportflugzeug aus 200 Meter Höhe ab und durchschlug das Glasdach der chemischen Fabrik Temmler & Co. Das Flugzeug sauste mitten in die Arbeiteräume. Der Pilot blieb unversehrt seine Begleiterin wurde getötet, mehrere Arbeiter und Arbeiterinnen erlitten schwere Verletzungen.

+ + +
Die Eratze dieser Zeit. In einem Hause in Berlin N. schieden der Kaufmann Karl Steckling, seine Ehefrau und ihr zwölfjähriger Sohn Heinz durch Gasvergiftung aus dem Leben. Steckling hatte gemeinsam mit einem Kompagnon einen "Salon für Schönheitspflege" betrieben...

+ + +
Hollywood. Die in Hollywood tätige deutsche Filmschauspielerin Marlene Dietrich erhielt von Erpressern einen Drohbrief. Die Künstlerin wird zur Zahlung von 10000 Dollar aufgefordert, falls sie nicht wünsche, dass sie ihr Töchterchen Maria verliere. Das Kind wurde von der Polizei unter ständigen Schutz gestellt.

+ + +
Berufung. In dem, von dem Berliner Rundfunkintendanten Dr. Flesch angestregte Beleidigungsprozess haben die Verteidiger des zu 600 und 300 Mark Geldstrafe verurteilten Schriftsteller Scharnke und Verleger Zimmermann Berufung eingelegt.

+ + +
Sarrasani's Ende? Den meisten Artisten des zur Zeit in Holland gastierenden Zirkus Sarrasani ist zum 5. Juni unter Hinweis auf die schwierige Wirtschaftslage gekündigt worden. Wahrscheinlich wird der Zirkus aufgelöst oder bedeutend verkleinert werden.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Regierung der Arbeiterfeinde.

Kaltblütige Haltung der Gewerkschaften.

SPD. Die neue Reichsregierung, die Regierung der Barone, die Monokelregierung, ist eine Regierung gegen die Arbeiter. Damit wollen wir nicht sagen, dass etwa alle Barone und Offiziere Arbeiterfeinde sind. Fällt uns gar nicht ein. Aber diese neue Reichsregierung hat ein arbeiterfeindliches Gesicht. Schon bei ihrer Bildung verrietten ihre Hintermänner, dass sie der Arbeiterschaft gegenüber nichts Gutes im Schilde führen. Das Verhandlungsgewürge zwischen dem neuen Kanzler v. Papen und dem deutschnationalen Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler wegen der Besetzung des nunmehr unbesetzt gebliebenen Postens des Reichsarbeitsministers spricht Bände. Dr. Goerdeler hat, wie der auch rechtsgerichteten Arbeitnehmerkreisen nahestehende "Politisch-gewerkschaftliche Zeitungsdienst" mitteilt, in seinen verschiedenen Besprechungen mit v. Papen für die Uebernahme des Arbeitsministerpostens einige Bedingungen gestellt. Zu diesen Bedingungen habe auch eine "scharfe Ablehnung der extremen agrarischen und antosozialen Forderungen" gehört. Papen sei Gördelei nicht entgegengekommen, und diese Tatsache zeige, wohin die Reise gehe, nämlich in den "allerschärfsten Gegensatz zur Arbeitnehmerschaft aller politischen Richtungen und aller Gewerkschaftsrichtungen."

Die Gewerkschaften stehen in Alarmbereitschaft. Sie wissen, dass sie sich vor den Verschwörern, die im Hintergrund des neuen Kabinetts stehen, vorsehen müssen. Trotzdem stehen sie den kommenden Dingen mit eiserner Ruhe und unbeirrbarer Kaltblütigkeit gegenüber. "Die Gewerkschaften", so sagt die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, "werden ihren Weg unbeirrt fortsetzen. Sie werden ihre sozialpolitischen, lohnpolitischen, wirtschaftspolitischen und aussenpolitischen Gedanken jeder andere Regierung gegenüber mit gewohnter Ueberzeugungstreue vertreten und sie werden es verstehen, ihren Forderungen mit den ihnen Wesen eigenen Mitteln öffentlichen Wirkens Nachdruck zu verleihen. Sie haben die Politik der Duldung Brünnings anerkannt als eine Methode zur Verteidigung der demokratischen und sozialrechtlichen Grundsätze der Weimarer Verfassung. Sie werden zur Wahrung der Rechte und Freiheiten der Arbeiterbewegung andere Methoden wählen, wenn eine Veränderung in der Frontordnung der Gegner einen solchen Wechsel der Kampfmethodete gebietet."

Selbstverständlich rechnen die Gewerkschaften damit, dass die neue Steigerung der politischen Ungewissheit neue nachteilige Folgen für die Wirtschaft, für den Arbeitsmarkt und für die Staatsfinanzen zur Folge haben muss. Wiederholt sich diese Erfahrung, dann wird damit aber nach der festen Ueberzeugung der Gewerkschaften auch die andere Erfahrung bestätigt: die Erfahrung, dass die Arbeiterschaft inmitten aller Zerfahrenheit nur noch einen Halt besitzt: ihre Organisationen. Kommt ein Sturm gegen die Gewerkschaften, dann wird der schützende Mantel der Organisationen von den Arbeitern und den Angestellten nicht abgeworfen, sondern im Gegenteil umso fester geknüpft und gebunden. "Dem Wirken dieser Organisationen" - betont die "Gewerkschaftszeitung" - "werden sich neue Schwierigkeiten entgegenstürmen." Aber die deutschen Gewerkschaften werden jeder Aufgabe, die ein widriges

Schicksal ihnen stellt, gewachsen sein, wenn ihnen der Opfermut, der Tatwille, die Treue und die aus Einsicht geborene Disziplin weiterhin zur Verfügung stehen, die ihre Mitglieder in den schwereren Jahren der Krise in so bewunderungswürdiger Masse bewiesen haben. Und dessen sind wir gewiss!"

Und diese Gewissheit ist nicht unbegründet. Soeben erst ist gerade von der dem Baronenkabinett nahestehenden Presse in einem Hinweis auf die zur Zeit erscheinenden neuen Jahrbücher der Gewerkschaften darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Gewerkschaftsbewegung trotz der schrecklichsten Krise, die sie und die Welt je heimgesucht hat, nicht umzubringen ist, dass der Mitgliederrückgang zu der Wucht der Krise in gar keinem Verhältnis steht, dass wohl die Finanzen unter dem furchtbaren Druck der Unterstützungsoffer für die darbenenden Verbandskollegen gelitten haben, dass aber der Bestand der Formationen selbst sich überraschend gut gehalten hat. Die Gewerkschaften sind in ihrem Kern unerschüttert geblieben. Das gesteht z.B. auch das Organ der Grossagrarier, die "Deutsche Tageszeitung". Sie sagt: "Gewiss ist fast durchweg gegenüber dem Jahr 1930, das einen Höhepunkt der Bewegung wenigstens zahlenmässig darstellt, eine zum Teil recht erhebliche Verminderung der Mitgliedschaften eingetreten. Die Gründe sowohl politischer wie wirtschaftlicher Art, liegen klar zutage; aber der Mitgliederschwund ist doch nirgends so erheblich, dass der verbliebene Bestand nicht doch noch eine sehr erhebliche und ernst zu nehmende Macht darstellte, die die Gewerkschaften nach jüngsten Erfahrungen mindestens so entschieden und rücksichtslos einzusetzen entschlossen sind, wie in den Zeiten ihrer Hochkonjunktur."

Die Gewerkschaften haben Boden unter den Füßen, festeren Boden als ihre Widersacher in der Baronenregierung. Von diesen melden bereits allerhand Gerüchte, dass sie mit staatsstreichähnlichen Gedanken spielen, dass sie eine Nationalversammlung einberufen möchten, um dann mit einfacher Mehrheit einen Umsturz herbeizuführen. Die Gewerkschaften brauchen keine Verfassungsbrüche und keinen Wahlrechtsraub, keine Schiebungen und keine faulen Manöver, um Boden unter den Füßen zu behalten. Sie werden diesen Boden gehalten und das umso fester und sicherer, je mehr die gesamte Arbeitnehmerschaft, die organisierte wie die unorganisierte, endlich die Zeichen der Zeit versteht und sich zu einer einheitlichen Abwehrfront gegenüber Leuten zusammenschliesst, die, wenn man sie gehen lässt, Preussen von neuem in die Dreiklassenschwäch stürzen, die Deutschland nur für sich selbst als Vaterland haben, für die Arbeiter aber zu einem Stiefvaterland machen wollen. Die Arbeiter wollen ein Vaterland für alle Deutschen, und sie werden es erkämpfen - um jeden Preis.

SPD. Der Kongress der Internationale des Personals öffentlicher Dienste, der dieser Tage in London stattfand, beschäftigte sich nach seiner Stellungnahme zum Kampf um die öffentliche Wirtschaft noch mit der Unfallfrage, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Kriegsgefahr.

Ueber Unfälle und Berufskrankheiten sprach Dukes-England. Er forderte verschärften Kampf gegen die Unfallgefahren und die Berufskrankheiten. Dieser Kampf sei eine der wichtigsten Aufgaben der Organisation, und in ihm müsse auch eine Verständigung mit den Arbeitgebern angestrebt werden. An Hand einer Uebersicht über zwölf grosse Länder zeigte Dukes, dass die gesetzliche obligatorische Unfallversicherung für gewerbliche Betriebe in internationalem Masstab sich immer mehr durchsetzt. - Polenske-Deutschland machte darauf aufmerksam, dass es den deutschen Organisationen gelungen ist, die Unfallversicherung für das Personal im Gesundheitswesen durchzusetzen. Zu fordern sei aber auch die Beteiligung des Personals an der Spruchpraxis und an der Verwaltung. Der Kreis der anerkannten Berufskrankheiten müsse

erweitert werden. Für die Verhütung von Unfällen sei auch die Verkürzung der Arbeitszeit von Bedeutung. Die Verlängerung der Arbeitszeit in der Inflationsperiode habe zu einer erheblichen Steigerung der Unfälle und Berufskrankheiten geführt. Polenske unterbreitete zum Beweis hierfür dem Kongress ein lehrreiches Zahlenmaterial. - Die vom Kongress zu der Unfallfrage angenommene Entschliessung besagt im wesentlichen: Der Unfallversicherung sind alle in abhängiger Arbeit stehende Arbeitnehmer ausnahmslos zu unterstellen. Wo Ausnahmen zugelassen werden, darf die Sonderregelung nicht geringeren Schutz und geringere Leistungen als die allgemeine Unfallversicherung bieten. Berufskrankheiten sind als Arbeitsunfälle zu betrachten. Die Liste der Berufskrankheiten, die in dem Abkommen des Internationalen Arbeitsamtes vom Jahre 1925 aufgestellt wurde, ist international und national auch durch die Erkrankungen zu ergänzen, die in den öffentlichen Betrieben aller Art als Berufskrankheiten angesprochen werden müssen.

Ueber "Weltarbeitslosigkeit, Rationalisierung und Arbeitszeitverkürzung" sprach Henriksen-Norwegen. Lengersdorff-Deutschland beleuchtete die Bestrebungen des verstorbenen Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, um internationale Arbeitsbeschaffung. Der von Thomas eingeleitete Kampf müsse auch jetzt nach seinem Tode fortgeführt werden. Alle Versuche zur Ankurbelung der Wirtschaft gipfelten in der Forderung nach Vergebung von öffentlichen Arbeiten; denn der Organismus des Privatkapitals sei in Unordnung geraten und finde von sich aus nicht mehr den Weg ins Freie. - Die Anregungen des Kongresses zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden in einer einstimmig angenommenen Entschliessung zusammengefasst. Sie fordert Kontrollorgane für den Betrieb, um unnötige Entlassungen zu verhindern. Vierzigstundenswoche, bezw. Fünftagewoche, allgemeine Abschaffung der Ueberstundenarbeit und Einführung oder Aufrechterhaltung einer wirkungsvollen Arbeitslosenversicherung.

Ueber die Abrüstungsfrage berichtete der Sekretär des französischen Gewerkschafterverbandes Ernest Michaud. Er betonte, der Appell an das Gefühl zur Verherrlichung und Propagierung des Krieges spiele heutzutage leider wieder eine grosse Rolle. Hiergegen müsse angekämpft werden. Michaud forderte vor allem die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie.

An die Stelle des bisherigen Präsidenten Tevenan-England, der bereits das 75. Lebensjahr vollendet hat, wurde vom Kongress Charles Dukes-England einstimmig gewählt.

SPD. Können die Nazis Arbeit schaffen? In Braunschweig sind sie schon geraume Zeit am Ruder, man hat aber bis jetzt noch nichts davon gehört, dass sie dort auch nur den geringsten Erfolg auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung aufzuweisen haben. Im Gegenteil: nach der Landtagswahl, die die nationalsozialistisch-deutschnationale Mehrheit brachte, wurde im Februar 1931 im Landtag ein "Ausschuss zur Steuerung der Not der Arbeitslosen und zur Minderung der Arbeitslosigkeit" eingesetzt. Schon am 14. August trat er zum erstenmal zusammen und nach 3 weiteren Sitzungen war es mit ihm Ende September bereits zu Ende; denn seit dem 27. September hört und sieht man nichts mehr von ihm. Die Regierung beruft ihn nicht mehr ein, weil sie weiss, dass sie und ihr Ausschuss zusammen ja doch keinem Arbeitslosen ein Stück Brot verschaffen können. Dabei wurden in dem Ausschuss von freigewerkschaftlicher Seite durchaus realisierbare positive Vorschläge zur Hebung der Arbeitslosennot gemacht. Die Nazis führten diese Vorschläge nicht durch, obwohl sie behaupten, die Gewerkschaften hätten ihre Arbeitsbeschaffungspläne aus dem - Nazi-programm abgeschrieben!

Die Folgen!

Das Treiben der Dunkelmänner und die wirtschaftlichen Auswirkungen.

SPD. Dass die politischen Ereignisse der letzten Tage die Wirtschaftsentwicklung nicht günstig beeinflussen können, versteht sich wohl von selbst. Das Land ist seit Monaten von einer Wahl in die andere gegangen. Ein Wahlfieber hat das andere abgelöst. Die politische Unrast und Unruhe haben Handel und Wandel gedrosselt. Jeder wollte erst sehen, wie es überhaupt wird. Ohne Gewissheit wagte man nicht, ein neues Geschäft anzupacken. Wir haben das in unserer Wirtschaft zu spüren bekommen.

Die Wirtschaftsbelebung, die immer mit dem Frühjahr eintritt, hat sich in engen Grenzen gehalten. Sie liegt weit unter dem üblichen Stand. Die Arbeitsmärkte haben sich nur unwesentlich gebessert und das Heer der Arbeitslosen hat nur wenig abgenommen. Das wäre die wirtschaftliche Bilanz der hinter uns liegenden Wahlperiode. Auf Konto der politischen Unsicherheit geht die Tatsache, dass eine Belebung in unserer Wirtschaft in dem Masse, wie man es hatte erwarten können, nicht eingetreten ist.

Die ganze Geschäftswelt hoffte, dass mit den Wahlen in Preussen, Bayern und anderen Ländern die Periode der Wahlen, die Periode der politischen Unsicherheit und der politischen Unrast abgeschlossen sei. Darin hat man sich gründlich getäuscht. Die Regierung der Junker und der verschiedenen Herren- und Adelklubs hat der deutschen Wirtschaft ein Küksei ins Nest gelegt. Es wird zu neuen Wahlen aufgerufen und man muss sich darüber klar sein, dass der bevorstehende Wahlkampf um das Reich noch heftiger und fieberhafter geführt wird als die hinter uns liegenden Wahlen. Die geschäftliche Unsicherheit wird sich unter dem Druck dieser Entwicklung steigern. Das neue Fieber, das durch das Land und die Menschen geht, muss automatisch die Unternehmungslust drosseln, die nach den Preussenwahlen schüchtern aufkeimte. Was bringt die Wahl? Was kommt nach den Wahlen? Alles ist gleich dunkel. In dieser Atmosphäre von Unsicherheit und Ungewissheit kann man z.B. den kleinen Fabrikanten nicht zumuten, heute Rohstoffmaterial einzukaufen und zu Waren zu verarbeiten, die beispielsweise erst auf der Leipziger Herbstmesse zu verkaufen sind. Ein kleines Beispiel, das typisch ist. Es bleibt der Wirtschaft, es bleiben Handel und Gewerbe nichts anderes übrig, als weiter abzuwarten, als weiter zu feiern. Unter dessen versinkt die Wirtschaft weiter in den Sumpf. Die Initiative erlischt. Die Besserungen, die das Frühjahr gebracht hat - und seien sie noch so klein, drohen verloren zu gehen.

Andererseits ist anstelle der Regierung Brüning, die immerhin wirtschaftliche Aktivität zeigte, ein Kabinett getreten, das anscheinend auf wirtschaftlichem Gebiet sich vorerst auf die Reservienstellung der Passivität zurückziehen will und auch wohl muss. Die Dinge auf dem Geld- und Kapitalmarkt haben sich so gestaltet, dass an die Auflegung der vielversprochenen Arbeitsbeschaffungsanleihe nicht zu denken ist. Diese Anleihe hätte, wenn uns der Einschnitt in die politische Entwicklung während der letzten Woche erspart geblieben wäre, längst unter Dach und Fach sein können. Inzwischen ist allerhand passiert. Der Regierungswechsel hat die Flucht in die Sachwerte, den Umtausch an Anleihen gegen Industrieaktien ausgelöst. Man hat den Brand wohl dämpfen können. Die

Die unheilvoll beginnende Flucht aus den Sachwerten ist vorerst abgebremst. Aber die Dinge liegen doch so, dass an die Auflegung einer Anleihe, die noch vor Tagen möglich war, heute nicht mehr zu denken ist. Wer will, einige Tage nach der Berliner Inflationshausse, Anleihe zeichnen?

Mit dieser Entwicklung ist aber auch der Stab über die Pläne einer grosszügen Arbeitsbeschaffung gebrochen. Wenn man keine Anleihe erhält, kann man Arbeitsbeschaffungsprojekte nicht finanzieren. Und wenn man noch vor dem politischen Wechsel an die Reichsbank mit der Forderung nach einer Kreditausweitung die die Festigkeit der Währung selbstverständlich nicht berührte, herantreten konnte, so erscheint das heute schon aus Währungsgründen völlig unmöglich. Die Hoffnung, die von einer Arbeitsbeschaffung ausgehen konnte, die Hoffnung darauf Hunderttausende von Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einzureihen und ihnen wieder Verdienst zu geben, dass sie wieder kaufen können, ist zerstört.

Nach gleicher Richtung muss die ungeklärte finanzielle Lage wirken. Die Gemeinden, auf denen die Last der Erwerbslosenfürsorge ruht, stecken in fürchterlichen Finanznöten und weisen auf den drohenden nahen Zusammenbruch hin. Das Fallenlassen jener Pläne, die im Kabinett Brüning entstanden sind und die auf eine Hilfsaktion für die Gemeinden hinausliefen, sind mit dem Kabinettswechsel abgetan. Die neue Regierung der Barone erklärt aber, keine neuen Steuern erheben zu wollen. Woher soll nun das Geld kommen, das die Gemeinden unbedingt haben müssen, um die Arbeitslosen nicht verhungern zu lassen? Das ist eine Frage, auf die das neue Kabinett eben keine Antwort geben will und kann.

Der ganze Druck auf die Wirtschaft wird durch die Fragen verstärkt, die um die Lausanner Konferenz kreisen. Von Lausanne, mag die Konferenz ausgegangen sein, wie sie will, ob sie zu einer endgültigen Lösung geführt hätte oder nur zu einem Kompromiss, wäre sicherlich ein Impuls ausgegangen, der die internationale Wirtschaft befruchtet hätte. Gerade das Deutsche Konjunkturforschungsinstitut hat auf die Wichtigkeit der internationalen politischen Entscheidung für die wirtschaftliche Besserung in seinem letzten Bericht verwiesen. Diesen Impuls können wir nach der Wendung der Dinge in Deutschland nicht mehr erwarten und die Dinge werden nicht dadurch besser, dass das Adelskabinett gerade den früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht als deutschen Hauptdelegierten nach Lausanne schicken will.

Schacht hat sich in den grossen internationalen Konferenzen nicht nur als schlechter Unterhändler gezeigt, sondern sein internationaler Ruf ist äusserst defekt. Es muss eine eigenartige Kombination gewesen sein, die dazu geführt hat, Schacht aus der Versenkung hervorzuholen. Die böse Wirkung wird nicht dadurch beseitigt, indem der neue Reichskanzler v. Papen versichert, dass er in Lausanne doch nur das wolle, was sein Vorgänger Brüning gewollt habe.

So ist, wirtschaftlich gesehen, eine labile Lage entstanden, deren Gefährlichkeit man nicht unterschätzen darf. Wie gefährvoll die ganze Situation ist, beweist die Hausse an der Berliner Börse, die nichts anderes war als eine Flucht in die Sachwerte. Wirtschaftlich können wir uns von dieser Situation nur Verschlechterungen versprechen.

Das viel gelästerte "System" ist gestürzt. Es sind andere heute gekommen, die "alles anders machen" wollen. Anders scheint es ja schon zu werden. Aber wir können nur feststellen, dass sich die wirtschaftlichen Dinge verschlimmern.

SPD. Die nationalsozialistische Presse geht augenblicklich mit Verleumdungen gegen die sozialen Baubetriebe hausieren, die das Mass der in den nationalsozialistischen Zeitungen üblichen Lügen und Verdrehungen noch übersteigt. Ein Einzelvorfall wird so verdreht, dass der unkritische Leser den Eindruck haben muss, der den Gewerkschaften nahestehende Verband sozialer Betriebe habe planmässig Kapitalverschiebungen nach dem Auslande betrieben.

Es handelt sich um folgenden Fall: Die Bauhütte für Pommern in Stettin bemühte sich um Aufträge und suchte, da die berühmte Finanzpolitik im Reich den Baumarkt völlig gedrosselt und die Bauarbeiter zum grössten Teil arbeitslos gemacht hatte, für die ausfallenden Inlandsaufträge Ersatz im Auslande, wie das zehntausende von Firmen in Deutschland tun. Nun ergab sich die Möglichkeit, eine grössere Arbeit in Paris durchzuführen. Natürlich muss ein solches Geschäft finanziell angekurbelt werden. Was jeder weiss, der mit Bauen jemals etwas zu tun gehabt hat. Der Geschäftsführer der Bauhütte für Pommern, Albert Lück, der von der nationalsozialistischen Presse als "marxistischer Bonze" beschimpft wird, wandte sich pflichtgemäss an die Devisenbewirtschaftungsstelle. Ueberhaupt muss, wie auch aus dem ganzen Fall ergibt, festgestellt werden, dass Lück bei der Aktion äusserst vorsichtig verfahren ist und peinlich darauf bedacht war, nicht gegen eine gesetzliche Bestimmung oder Bestimmung der Devisenverordnung zu verstossen. Die Devisenbewirtschaftungsstelle lehnte den Antrag der Bauhütte für Pommern ab. Damit entstand die Gefahr, dass der Pariser Auftrag für die Bauhütte und für die deutsche Wirtschaft verloren ging. Mit Hilfe einer Berliner Stelle (Sosaf), die sich um die Ankurbelung von deutsch-französischen Wirtschaftsverbindungen bemüht und die bereits erhebliche französische Aufträge für die deutsche Wirtschaft beschafft hat, glaubte man einen Weg finden zu können, um den Auftrag für Deutschland zu sichern. Der Vertreter der Sosaf, Dr. Schönherr, von einem bekannten und soliden Berliner Bankhaus, verwandte sich dafür, dass eine Pariser Bank der Bauhütte für Pommern den notwendigen Kredit zur Verfügung stellte. Als Sicherheit verlangte aber die französische Bank, dass die Bauhütte für Pommern ein entsprechendes Markguthaben bei einer deutschen Bank unterhielt.

Das ist, soweit die Bauhütte für Pommern in Betracht kommt, der Sachverhalt. Allerdings hat die Nachforschung zu einer Verhaftung Schönherr's und zweier Angestellte der Sosaf geführt. Ob die Verhaftung überhaupt etwas mit der Bauhütte für Pommern zu tun hat, erscheint äusserst fraglich. Nach unserer Auffassung ist es ganz unmöglich, auf Grund der Handlungsweise der Bauhütte eine Verhaftung vorzunehmen. Wir bezweifeln überhaupt, dass die Verhaftung Schönherr's mit dem Pariser Geschäft der Bauhütte in Verbindung steht, und halten es für erforderlich, dass die verantwortlichen Stellen sofort Klarheit schaffen, um die Verleumdungen der Nationalsozialisten richtig zu stellen. Es ist schon des Ausmass der Unverschämtheit, aus dem vorstehend geschilderten Fall zu folgern, eine Einrichtung der modernen Arbeiterbewegung habe sich des Verbrechen's der Kapitalflucht schuldig gemacht. Dass die Kapitalschieber in den Reihen der Nationalsozialisten sitzen, dürfte die Nazipresse wohl am besten wissen.

SPD. Der Reichsstädtebund hat an das neue Reichskabinett eine Eingabe gerichtet, in der es u.a. heisst: "Es ist bekannt, dass die mittleren und kleinen Städte infolge des rapiden Rückganges ihrer Steuereinnahmen und der Steigerung ihrer Wohlfahrterwerbslosenlasten zum grossen Teil vor der Gefahr stehen, Gehälter, Löhne und Wohlfahrtserwerbslosenunterstützungen nicht mehr zahlen zu können. Eine Finanzkatastrophe lässt sich nach Auffassung des Reichsstädtebundes nur vermeiden durch Schaffung einer einheitlichen Reichsarbeitslosenfürsorge, an der die Gemeinden nur mit höchstens 20 % beteiligt sind oder, falls sich das nicht sofort durchführen lässt, durch Befreiung der Gemeinden von dem Anteil für Krisenunterstützung und Abstoppen des Zuganges von Krisenunterstützten in die gemeindliche Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge sowie durch eine Verstärkung der Reichshilfe. Falls sich das Reichskabinett im gegenwärtigen Augenblick entsprechend dem Entwurf der früheren Reichsregierung nur zu einer Erhöhung der Reichshilfe an die Bezirksfürsorgeverbände auf 700

Millionen RM entschliessen sollte, hält es der Reichsstadtebund für dringend notwendig, für die kreisangehörigen Gemeinden einen Anspruch auf Beteiligung an der Reichshilfe sicherzustellen."

SPD. Die Berliner Effektenbörse stand am Freitag unter Einfluss der Nachricht von baldigen Reichstagswahlen. Die Spekulation hielt sich auf der ganzen Linie zurück. Die Publikumsaufträge hatten geringen Umfang. Bei ruhigem Geschäft schloss die Börse fester, was aber infolge der geringen Umsätze kaum etwas besagen will. Von der Regierungserklärung über die Währungsfrage hat der Rentenmarkt am Freitag weiter profitiert. Pfandbriefe lagen um 1 bis 2 % gegenüber Donnerstag fester. Bei Staatsanleihen beliefen sich die Aufschläge bis 1/2 und 1 Prozent. Besonders ausgeprägt war die Erholung am Markt der Stadtanleihen.

Dagegen kam es am Getreidemarkt zu einer neuen Hausse. Nachdem das Angebot am Donnerstag, als die Inflationshausse von oben abgepiffen wurde, ausserst reichlich war, stellte sich am Freitag Mangel an Material heraus, besonders für Lieferungen nach der Ernte und für Weizen; hier kam es zu ganz beträchtlichen Preissteigerungen.

SPD. Nach einer Mitteilung des Reichstatistischen Amtes hat die im Mai eingetretene starke Erwärmung in Verbindung mit ergiebigen Niederschlägen das Pflanzenwachstum so gefördert, dass im allgemeinen der Rückstand in der Entwicklung aufgeholt wurde. Der Winterroggen steht durchweg gut und hat überall Lehren angesetzt. Bei Winterweizen ist dagegen der Bestand verschiedentlich noch dünn und lückig. Die Sommersaten sind befriedigend abgelaufen und zeigen allenthalben eine kräftige Entwicklung; nicht selten macht sich aber eine starke Verunkrautung bemerkbar. Die Bestellung der Hackfrüchte ist im allgemeinen zu Ende geführt. Die Frühkartoffeln sind gut aufgegangen, die Spätkartoffeln im Auflaufen begriffen. Der Stand der Rüben wird im ganzen als befriedigend beurteilt. Teilweise ist bereits mit dem Verziehen der jungen Pflanzen begonnen worden. Wiesen und Weiden sowie die Klee- und Luzerne-schlänge weisen ein kräftiges Wachstum auf, so dass für den ersten Schnitt durchweg ein zufriedenstellendes Ergebnis erwartet wird. In milderer Lage konnte vereinzelt bereits mit der Heuernte begonnen werden.

Unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering, ergibt sich im Reichsdurchschnitt folgende Begutachtung: Winterroggen: 2,5 (Vormonat 2,6); Sommerroggen 2,8; Winterweizen 2,6 (2,8); Sommerweizen 2,6; Spelz 2,5 (2,7); Wintergerste 2,8 (2,8); Sommergerste 2,5; Hafer 2,7; Frühkartoffeln 2,7; Spätkartoffeln 2,9; Zuckerrüben 2,7; Runkelrüben 2,7; Klee 2,6; (2,8); Luzerne 2,6 (2,8); Bewässerungswiesen 2,4 (2,9); andere Wiesen 2,6 (3,0).

SPD. Verhandlungen zwischen der Reichsbank und der Bank von Frankreich haben zu dem Ergebnis geführt, dass der Zinssatz für die Verlängerung des Rediskontskredits von 90 Millionen Dollar von 6 auf 5 Prozent ermässigt wird.

Angebot verknappt.

 (Berliner Getreidebörse vom 3. Juni)

SPD. An der Berliner Produktenbörse trat am Freitag wieder ein völliger Umschwung der Tendenz ein. Bereits Donnerstag Nachmittag und Freitag früh war das reichliche Angebot an Weizen neuer Ernte zum grössten Teile vom Markte wieder verschwunden, während auf Basis der Donnerstagpreise grössere Kaufaufträge vorlagen. Infolgedessen konnte die Nachfrage nach Weizen aus neuer Ernte nicht befriedigt werden und die Preise konnten sich wiederum befestigen. Diese höheren Preise blieben auch an der Börse behauptet und zwar für spätere Sichten sowohl am Terminmarkt als auch im Handel mit effektivem Getreide. Dagegen blieb die Preislage für Weizen alter Ernte unverändert, obwohl auch hier kein dringendes Angebot vorlag. Roggen hatte wieder sehr ruhigen Markt. Das spärliche Angebot an märkischer Ware alter Ernte fand wiederum zu unveränderten Preisen Aufnahme, während für Herbstlieferung sich keinerlei Kaufinteresse zeigte. Die Notierungen für prompte Ware blieben unverändert; auch am Markte der Seitgeschäfte wurden soweit Notierungen zustande kamen, nur letzte Preise erzielt. Am Mehlmarkt blieb es sehr ruhig. Das Geschäft hielt sich in engen Grenzen. Hafer hatte stetige Tendenz. Bei kleinem Angebot war auch die Nachfrage nicht gross, sodass die Preislage unverändert blieb.

	2. Juni	3. Juni
	(ab märkische Station in Mk.)	
Weizen	265 - 267	264 - 266
Roggen	195 - 197	195 - 197
Braugerste	-	-
Futter- und Industrierogerste	175 - 182	175 - 182
Hafer	162 - 165	162 - 165
Weizenmehl	32,25 - 35,75	32,00 - 35,75
Roggenmehl	25,75 - 27,75	25,75 - 27,75
Weizenkleie	10,75 - 11,25	10,75 - 11,25
Roggenkleie	9,70 - 10,20	9,70 - 10,20

Mandelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 270 - 271 Brief (Vortrag 270½), September 233½ - 233 (231½), Oktober 234½ (232½), Dezember 238 plus Brief (236), Roggen Juli 187½ (188), September 183½ - 183¼ (184), Oktober - (184½), Dezember - (186) Hafer Juli 175 - 174 (175), Sept. - (152), Oktober - (-), Dezember - (-).

Berliner Viehmarkt.

SPD. Der Berliner Viehmarkt stand durchaus unter Eindruck des schlechten Geschäfts am Fleischmarkt, wo sich die Umsätze weiter verringern. Obwohl am Freitag die Beschickung des Schweinemarktes gegenüber dem letzten Markt am Dienstag von etwa 15 000 auf 10 000 Tieren zurückgegangen war, genügte das Angebot. Die Käufer sträubten sich dagegen, höhere Preise anzulegen, sodass sich die erhöhten Forderungen nur schwer und nur z.T. durchsetzten. Am Rindermarkt, kam es teilweise, infolger geringerer Beschickung, zu Preissteigerungen. Am Kälbermarkt konnten nur geringe Kälber die letzten Preise behaupten, während sich am Hammelmarkt nur in bester Ware besseres Geschäft ungefähr zu letzten reisen entwickelte. Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund =, b) 240-300 Pfd 37 35-36, c) 200-240 Pf. 35-37 (34-36), d) 160-200 Pf. 33-34 (31-33), e) 120-160 Pf. 30-32 (28-31) Sauen 32 (30-31). Schafe: a) 35 (35-36) b) 32-34 (33-34) c) 28-31 (28-32), d) 16-26 (18-27). Kälber: b) 30-47 (40-49), c) 26-40 (27-40), d) 18-25 (18-25). Kühe: a) 26-30 (26-27), b) 22-25 (22-24), c) 17-21 (16-20), d) 13-16 (12-15).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 3. Juni 1932

Nachbars Aepfel.^x

SPD. Der junge Bauernsohn Fritz Mühlensiefen steht vor Gericht. Er macht dem Amtsgerichtsrat schwer zu schaffen.

"Also, Angeklagter", ermuntert ihn der Richter nach der Beweisaufnahme noch einmal, "wollen Sie jetzt nicht doch lieber den versuchten Diebstahl zugeben? Sie sind doch sozusagen - ohne dass ich dadurch dem Urteil des Gerichtes vorzugreifen will, - glatt überführt: Der Gendarm hat Sie frühmorgens gegen fünf Uhr dabei ertappt, wie Sie die Apfelbäume Ihres Nachbarn plünderten. Und ein artiger Haufen von einigen Zentnern, den Sie bereits zum Hinüberschaffen auf Ihr Grundstück zusammengetragen hatten, beweist, dass Sie schon einige Stunden gepflückt hatten! Also, Mühlensiefen, seien Sie nicht so töricht!"

Doch der Angeklagte schüttelt nur traurig den Kopf: "Das stimmt schon, Herr Richter. Aber stehlen wollte ich nicht!"

"Aber Sie haben doch selbst den Beamten gebeten, Sie laufen zu lassen!"

"Ja, ja, das wäre auch schon besser gewesen."

Der Amtsgerichtsrat lächelt dünn. "Sie sind nur der Sohn eines Kuhbauers, nicht wahr, und besitzen selbst keinen Obsthof, und da wollten Sie sich für den Winter von dem Reichtum Ihres Nachbarn etwas abholen. Ist's nicht so?"

"'s war mir nicht um die Aepfel!"

"Aber dann sprechen Sie sich doch endlich aus!" Der Amtsgerichtsrat wird etwas ärgerlicher. Er kennt seine maulfaulen Bauern wohl und nimmt gern weitestgehende Rücksicht, aber alle Güte muss doch einmal ein Ende haben. "Also nun reden Sie!"

Fritz Mühlensiefen schaut dumpf zu Boden. "Das kann man nicht so sagen; das ging wider das Recht!"

Ein Seufzer der Erleichterung am Richtertisch. "Na, also! Sie geben demnach endlich zu..."

"Nein, nein", wehrt sich der Bursche erschrocken, "ich meine nur, das ging gegen die Meinung, die so auf dem Dorfe im Recht ist, und dagegen kann man immer an!"

Der Amtsgerichtsrat horcht auf: "Sie meinen, dass Sie gegen ein Bauerngesetz verstossen?"

Der Angeklagte nickt: "So könnt' man wohl sagen!"

"Und deshalb müssen Sie schweigen?"

In dem Angeklagten flutet es heimlich auf: "Ich bin nur ein armer Bursch und arbeite für zwei, dass ich besteh'; aber zum Gespött im Dorf machen tu' ich mich nicht!"

Dem Vorsitzenden wird der Fall interessant. Er sucht dem Burschen die Zunge zu lockern: "Da stehen genug Bauern aus Ihrem Dorfe hinter der Barriere, Meinen Sie nicht, dass die sich schon ihr Teil denken!"

Der Angeklagte erschrickt und schaut verstört in den Zuschauerraum.

"Herr Vorsitzender!" reckt da einer den Arm hoch.

"Wer sind Sie? Haben Sie etwas Wichtiges zu sagen, dann treten Sie vor! - Herr Staatsanwalt, Sie sind einverstanden, dass ich den Mann informativ vernehme! Also, wie heißen Sie, und was haben Sie uns mitzuteilen?"

"Ich heiße Rudolf Klein, und ich mein', der Fritz Mühlensiefen hat gewusst, dass am andern Morgen der Händler durchs Dorf ging, um die Aepfel abzu-

olen!"

"Umso schlimmer", fährt ihm der Staatsanwalt in die Parade; "dass er da in der letzten Nacht noch schnell die Gelegenheit zu stehlen wahrnimmt!"

Doch der Vorsitzende ist hellhöriger.

"Angeklagter, haben Sie das gewusst?" Ganz weich und zutraulich fragt er. Fritz Mühlensiefen nickt wortlos.

"Und wer hatte Ihnen das gesagt, da Sie doch kein Obst zu vergeben hatten?"

Stille um eines Atems Länge. Dann kommt es verhangen und leise: "Die - -

Die Margret."

Der Amtsgerichtsrat nickt: "So, so, die einziger Tochter des Bestohlenen."

Der Bauer, der als Zeuge vernommen worden ist, schaut scharf auf; seine Tochter blickt schamhaft zu Boden.

Der Vorsitzende aber lässt die Zügel nicht locker: "Fräulein Margret, treten Sie einmal vor! Das Gericht hat Sie ja noch nicht gehört. Können Sie uns vielleicht sagen, was der Angeklagte, den Sie als Jugendgefährten doch auch durch und durch kennen müssen, so hartnäckig verschweigt?"

Das Mädchen tritt vor. Hart neben den Angeklagten. Einen Augenblick steht es. Dann hebt es tapfer den Kopf und spricht, und das klingt garnicht schamhaft: "Herr Vorsitzender, ich mein', der Fritz hat mich ein wenig lieb gehabt, sich aber nicht getraut, es zu sagen, weil er nur ein armer Bub ist!"

Den Fritz dabei anzuschauen, wagt sie doch nicht. Aber der sieht auf sie. Und unter der aufbrechenden Flut zerrinnt all sein Bangen. "Margret!" schreit er.

"Ruhe, Ruhe!" ebbt der Vorsitzende väterlich zurück. "Dartüber können Sie sich nachher auf dem Heimweg unterhalten! - Aber Sie wollten noch etwas sagen", lockt er das Mädchen und schaut sie aufmunternd an. Und die Margret fasst sich wieder ein Herz: "Ja, und ich mein', da hat er mir zulieb die Äpfel gepflückt, weil wir in den letzten Tagen vor lauter Arbeit nicht dazu gekommen waren, dass ich mich freut', wenn ich in der Frühe auf den Hof kam und sie da alle auf dem Rasen sah!"

Der Amtsgerichtsrat nickt befriedigt: "Ist das so, Angeklagter?"

"Ja, so war's. Jetzt durft' er's auch sagen. "Ich hätt' der Margret nimmer einen Apfel gestohlen!"

"Ich glaubts!" schloss der Vorsitzende die Beweisaufnahme. "Sie können sich setzen, Zeugin!"

Doch Margret setzt sich nicht, sondern bleibt weiter hart neben dem Fritz Mühlensiefen stehen, und mit frohen Augen hört sie dem Antrag des Staatsanwalts und dem Freispruch des Amtsgerichtsrates zu. Dann sieht sie Fritz an mit Blicken, die voll glückhaften Lächelns und voller Verheissungen sind.

"Nun komm!" sagt sie dann und geht mit ihm hinaus, als habe sie ihn an den Händen gefasst.

Wilhelm Lennemann.

Drei Jungs auf der Landstrasse. X

SPD. Rot schiebt sich die Sonne über dem östlichen Horizont hoch, glüht auf, schleudert Bündel goldner Strahlenblitze in die Welt - jeden Blitz mit einem kleinen Widerhaken an der Spitze. Damit hakt er sich fest an irgendeinem Blumenblatt, Grashalm oder gar in einem Tautropfen, sprüht dort einen Augenblick lang irisierende Funken auf, bis seine Hitze des Tropfens Kühle verzehrt, aufsaugt, verdampft.

Heiner, Karl und Kuddel kriechen aus der Scheune; munter, rotbäckig, ausgeschlafen, Strohhalme im Haar. Sie stehen einen Moment still, blinzeln in die Son-

ne, gähnen: "Ueahh", dann hängt Heiner am Pumpenschwengel. "Ho ruck, ho ruck!" Karl und Kudde: Hämde weg und, jupp, runter unter den Strahl! "Brrr, ist das kalt!" Die beiden prusten und waschen sich fix; Heiner lacht und pumpt wie ein Wilder. Der Pumpenschwengel ächzt und stöhnt, Karl schreit: "Mensch, reiss die Pumpe nicht um!" Dann lösen sie sich ab. Heiner runter, gewaschen, weg; und dann schüttelt er sich, dass die Tropfen fliegen. Der Bauer steht in der Tür; lacht: so fixe Jungs hat er lange nicht gesehen. Gern lässt er keinen in der Scheune schlafen, weil sie da immer heimlich rauchen, die Herren von der Landstrasse; aber die drei da - - Er nimmt die Pfeife aus dem Munde, ruft hinüber: "Na, ausgeschlafen?" - "Fein, fein geschlafen", lacht das Trio zurück, "Wie im Himmelbett der Miss Vanderbilt oder Morgen oder Rockefeller!" - "Na, dann kommt man her; einen Teller warme Suppe in den Magen und ein Stück Brot in die Tasche als Wegzehrung geb' ich euch noch zu!"

"Fein, Bauer", und sie trampeln in die Stube, hauen sich hin an den Tisch. "Ran an den Feind!" kommandiert Karl. Dann fasst jeder seinen Löffelstiel - - ah, wie schön warm rinnt das in den Bauch hinab! Die Bäuerin hat ein gutes, lächelndes Gesicht, fast wie Mutter zu Hause. In der Stube riecht es nach frischem Brot - ach, da kommt die Frau auch schon wieder zurück. Für jeden hat sie ein Paket zurechtgemacht, nicht so knapp und schön eingewickelt. "So, Jungs, lasst's euch gut schmecken!" Die drei legen die Löffel hin, streichen sich den Bauch. "Schönen Dank, Bäuerin, schönen Dank, Bäuerin, schönen Dank, Bauer! Geb' euch das Jahr soviel Regen, wie ihr euch wünscht, soviel Sonne, wie ihr euch wünscht, und eine gute, reiche, glückliche Ernte!"

Ab marschieren sie, geradeaus, der Sonne entgegen. Karl pfeift sich eins: "Wenn wir marschieren, ziehn wir...". Heiner denkt schon wieder ans Frühstück (Junge, Junge, ob uns die Bäuerin da wirklich bloss einen kahlen Ranken Brot eingepackt hat? Kann's mir nicht denken; sie lachte so freundlich) Kudde sieht mit grossen Augen in die warme, leuchtende, gute Sonne, bis er anfängt zu blinzeln und den Blick abwenden muss. Rechts wird die Landschaft hügelig: die Ausläufer des Riesengebirges; links strecken sich weite Felder hin, bis hinten an den Wald. Der liegt wie ein weiter, grüner Kranz rund um die Breite der Felder gespannt; dunkelgrün leuchtet er herüber. Rocksäum, denkt Kudde, Rocksäum unsere guten, grossen, liebenden Mutter Erde!

"Bumm!" rumpelt es vom Walde her. Karl hört erschrocken auf zu pfeifen. "Was war das?" - "Das war ein Abschluss", sagt Kudde, "der Schlussstrich unter ein Leben." - "Ach Quatsch", meint Heiner, "der Förster wird Raubzeug schießen, und das muss weg". Aber Kudde ist heute streitlustig. "Schön, von deinem Standpunkt aus gesehen: das kleine Raubzeug knallt man ab - aber das grosse - he?" - Heiner denkt angestrengt nach: "Das schießt man doch auch weg - Tiger, Löwen...". - "Ach, Unsinn", unterbricht ihn sein Gegner, "das ist doch auch bloss wehrloses Zeug. Ich meine ja das menschliche Raubzeug, die Menschen, die andere ausbeuten, sich an ihrem Schweiss bereichern, was wird mit denen?" - "Hm", macht Heiner, "die müssen eines Tages auch weg". - "Aber wie?" bohrt Kudde weiter. "Warum schlägt man sie nicht auch einfach tot?" - "Nee, Kudde, das geht doch nicht; schliesslich sind wir ja Menschen und keine Tiere, die sich gegenseitig auffressen. Gleiches Recht und gleiche Arbeit und gleichen Lohn für alle. Da - für sind wir ja in unsern Gewerkschaften und in der Partei, damit wir gemeinsam einer für alle und alle für einen, auf anständige Weise unser Recht erobern und unsere Ziele verwirklichen können!" Ordentlich warm ist Heiner bei dieser langen Rede geworden. Als keine Erwiderung kommt, dreht er sich zu Kudde hin. Der grinst: "Donnerwetter, Heiner, aus dir wird noch mal ein richtiger Bedner - und Bescheid weisst du schon...". Heiner stutzt. "O, verflucht", denkt er, "da hat mich der Kudde doch wieder so richtig rangekriegt!" - Kudde grinst immer mehr. Auch Karl fängt schon an zu lachen. "Ihr Affen", sagt Heiner voll Verachtung. Doch dann muss er mitlachen, ob er will oder nicht. -

Die Sonne klettert langsam an der blauen, glatten Himmelskuppel hoch. Es

wird warm. Heiner zieht als erster seine Jacke aus, krepelt die Hemdärmel hoch, holt tief Luft, fängt an: "Wann wir schreiten Seit* an Seit'... "Die bei= den Andern fallen ein, und dreistimmig schmettert der Mutgesang in den klaren Morgen hinein.

Es wird immer wärmer. Sie sind schon ein tüchtiges Stück marschiert, da schlägt Heiner, dem der Magen immer zuerst knurrt, vor: "Frühstücken!" - Rechts schiebt sich ein Schlag Bäume bis dicht an die Chaussee heran. Sie springen über den Graben. "Hier ist's schön!" schreit Karl und haut sich schon hin in den Schatten. Sie machen die Feldflaschen los. Milchkaffee hat ihnen die Bäuerin heute früh hineingefüllt. Kuddel tut einen langen Schluck. - "Fein", lobt er, "schön süß ist er auch!"

"Hurra!" schreit Heiner. Er hat als erster sein Zehrpaket ausgewickelt und zeigt den Kumpels: einen kräftigen Kanten Brot und eine saftige Scheibe Schinken hat die Frau hineingetan! Kuddel jauchzt: "Mir auch!" - Karl wiederholt: "Mir auch!" - und happ, happ, happ, beissen dreimal zweiunddreissig gesunde, blanke Zähne in das Brot. Schmunzelnd meinen die drei Jungs: "Hm, der Speck ist gut, Frau; hm, da lassen wir's uns gefallen, in die Welt hinauszutippeln, wenn wir überall so freundliche Wirte finden!" - Die drei hauen ein, dass die Zähne knacken. Zwischendurch loben sie die Bäuerin - und oben an der blauen, glatten Himmelwand klebt die Sonne und lacht, lacht über die drei Jungs aus der staubigen Zementfabrik, jetzt auf der weiten Landstrasse - lacht und lacht sich immer wärmer, in immer schöneres, blitzenderes Strahlen hinein...

Weiss läuft die Chaussee, wie ein langes, sacht gewundenes Band. Hinten stösst sie an Berge - Riesenberge, Rübezahlberge. Neben der Strasse klickert ein Bach. Ein Auto fegt über das weisse Band. Aus der geschlossenen Luxuslimousine sehen ein paar dicke, käsiges Gesichter auf die drei Wanderburschen da draussen; der Motor brüllt, der Tachometer zittert auf 90 Kilometer - - dann verzieht sich sacht der Staub, und die drei sind wieder allein auf der Landstrasse - - allein mit den Wiesen, Bergen, Vögeln und der Sonne - - -

Walter Schirmeier.

Jules Vallès.^X

Zu seinem 100. Geburtstag am 11. Juni.

SPD. In einem Briefe von Friedrich Engels an Eduard Bernstein aus dem Sommer 1881 findet sich ein sehr hartes Urteil über Jules Vallès; "ein elender literarischer Phrasenmacher" wird er genannt, der "aus Mangel an Talent unter die Aeusserten gegangen" sei, "um in Tendenz zu machen und damit seine schlechten Belletristereien an den Mann zu bringen." Wenn der grosse Freund von Karl Marx je, was einem Kämpfergeblüt so leicht widerfährt, im tiefsten Sinn ungerecht gewesen ist, so gegen diesen Franzosen. Denn von den beiden Vorwürfen wurde der eine: Mangel an Talent, durch Vallès' Schriften, der andere: Erfolgsjagd auf Kosten der Gesinnung, durch sein Leben aufs bündigste widerlegt

Am 11. Juni 1832 kam Vallès in Puy-en-Velay auf die Welt, um sie am 15. Februar 1885 zu Paris wieder zu verlassen. Was zwischen diesen beiden Daten liegt, ist, sofern man die allerersten Jahre in der Wiege und am mütterlichen Schürzenband abrechnet, eine einzige Revolte. Nach Beendigung seiner Gymnasialstudien nahm der ungebürdige Auvergnate zwar mehrfach einen Anlauf zu einer bürgerlichen Existenz; er war nacheinander Hilfslehrer in Caën, Gemeinsekretär in Paris, Wochenplauderer eines Boulevardblattes, aber er verstand es nicht sich einer Gesellschaft anzupassen, die er verachtete; er lag immer wieder gleich auf der Strasse, und der einzige Beruf, dem er zeitlebens treu verblieb, war: Insurgent. Er rebellierte jederzeit. Er rebellierte als Kind gegen die

Zucht der Familie, als Schüler gegen den Stumpfsinn des Unterrichts, als Student gegen den Staatsstreich Louis Bonapartes, als Republikaner gegen das zweite Kaiserreich, als Bohemien gegen die satte Tugend und zahlungsfähige Moral, als Künstler gegen die erstarrte Ueberlieferung, als Kommunekämpfer gegen die "Ordnung" von Versailles, als Flüchtling und Emigrant gegen Gott und die Welt. Diese Revolte war bei ihm individuell bedingt; weil er unter der Tyrannei der Eltern, der Lehrer, der Spiesser, der Reichen gelitten hatte, schärfte sich sein Blick für die Leiden der Arndern, und weil er von seinen dörflichen Altvordern her heisses, unverwässertes Bauernblut in den Adern hatte, lehnte er sich gegen die Despotie der Gesellschaft auf.

Mit Recht durfte er unter sein Photo die bittern Verse schreiben:

Jawohl, das ist das Groll- und Gramgesicht,
Das sie erschreckt: Salon und Stutzerwelt,
Doch, wenn das Volk die alten Ketten bricht,
Vielleicht der Strasse gut gefällt.
Des armen Teufels Freund war ich seit je,
Der Dunkel kennt und Frost und Hungerwachen.
Wiewar's nur möglich, dieses mein Porträt
Mit Sonnenlicht zu machen!

Das Herz dessen, der in den langen Jahren des Kunstzigeunertums das harte Brot des Elends hatte brechen müssen, hing leidenschaftlich an allen Unterdrückten, alle Getretenen, allen Zaungästen bei den prunkenden Gastmählern des Lebens, und von der Tiefe und Echtheit seiner Sehnsucht, es der Welt einmal mit Flintenschüssen zu sagen, wie miserabel gefügt sie sei, zeigte seine Teilnahme an der Kommunerregierung von 1871. Er nannte sich Sozialist und war es in seiner Art, als Freischärler, mit dem Widerwillen gegen das Marschieren in Reih und Glied und ohne die Ahnung einer Theorie. Zur Not begeisterte er sich für Proudhon, den Ideologen des rebellischen Kleinbürgertums, und für Blanqui, den ewigen Verschwörer und Putschisten. Aber da derart sein Sozialismus als reine Temperamentsache einigermaßen in der Luft hing, konnte es nicht ausbleiben, dass Vallès sich manchmal in Paradoxen herauchte, und in Purzelbäumen überschlug. Sein Hass gegen die Ueberlieferung stürzte nicht nur die Götzen, sondern auch die Götter von ihren Altären. Er predigte Auflehnung "gegen jede Aristokratie, selbst gegen die des Molière? Ein Depp! Robespierre und Saint-Just? Hamnwürste der Demokratie! Nieder die Toten! Und falls bei der kommenden Abrechnung der Enterbten mit den lachenden Erben alle Museen, alle Bibliotheken, alle Gymnasien in Flammen aufloderten, war es nicht weiter schade drum.

Aber trotz seiner Schrullen, die manchmal nur auf die Verblüffung des Pfahlbürgers abzielen, war Vallès ein ganzer Kerl mit dem Herzen auf dem rechten Fleck und ein Meister des geschriebenen Worts; sein Stil ist voll Wucht und Schmiss, voll Farbe und Bewegung, seine Darstellungsart naturalistisch, eher ein Naturalismus, impressionistisch, ehe es einen Impressionismus gab. Die Refraktäre heisst seine berühmteste Skizzensammlung; Refraktäre waren in den Kriegen des ersten Napoleon die Bauernburschen, die sich, um der Aushebung zu entgehen, in die Wälder schlugen; Vallès schildert die Refraktäre der Grosstadt, die Aussenseiter der Gesellschaft, die Deklassierten der Bohème, deren trotziges und verzweifertes Leben er selbst geführt hatte. Sein Unsterblichstes aber gab er in dem dreibändigen Entwicklungsroman "Jacques Vingtras", der mit einer Eindringlichkeit und Anschaulichkeit sondergleichen die Etappen seines eigenen Erdenganges in Wahrheit und Dichtung festhält; der erste Band umfasst das Martyrium der Kindheit und Jugend im Elternhaus, der zweite die Jahre auf dem Pariser Pflaster in Süß und Sauer, der dritte die Kommune, "die grosse Konföderation der Leiden", die er ersehnt und erwartet hatte, "seit der ersten Grausamkeit des Vaters, seit der ersten Ohrfeige des Paukers, seit dem Tag ohne Brot und der ersten Nacht ohne Obdach". Dass ausser gelegentlichen Bruchstücken von diesem grossen Kunst- und Menschenwerke keine deutsche Ueber-

tragung vorliegt, während so viele fremde Nichtigkeiten eilends in unsere Sprache gewendet werden, ist ein Jammer und eine Schande.

Paris ehrt heute den Verfasser des "Vingtras", unter andern durch Anbringung einer Gedenktafel an seinem Sterbehaus. Paris ehrte den nie ermattenden Fechter für die Freiheit schon vor siebenundvierzig Jahren, denn nach einem Abschnitt erzwungener Kirchhofruhe und politischer Teilnahmslosigkeit wurde sein Leichenbegängnis zur ersten gewaltigen Heerschau derer, die der herrschenden Ordnung offen oder geheim den Krieg erklärt hatten. Zehntausende folgten dem Sarg, Hunderttausende drängte sich in den Strassen, schweigend, finster, drohend - Jules Vallès' Rebellenherz hätte bei dem Anblicke gelacht.

Hermann Wendel.

Elektrizität und Liebe.

SPD. Als Faraday vor etwa 100 Jahren davon träumte, dass Menschen, die durch hunderte von Kilometern voneinander getrennt seien, mittels elektrischen Stromes ein Gespräch führen könnten, da musste diese Hoffnung des grossen Wissenschaftlers, der damit das Wunder des Telefons ahnend voraussah, als Phantasiegebilde gelten. Inzwischen hat der elektrische Strom einen Siegeszug angetreten, wie ihn die kühnste Phantasie nicht erträumen konnte. Elektrische Wellen gleiten empor zur Heavyside-Schicht, werden zurückgestrahlt und jagen mit Lichtgeschwindigkeit um den Kreis der Erde. Tausende von Radioempfängern sind aufgestellt und wählen mit empfindlichen Teilen, Spulen, Kondensatoren und Röhren die in den Raum gestrahlten Nachrichten, Musik, Vorträge, und was es sonst sein möge, aus dem Aether. Gerade die Erkenntnisse der letzten Jahre haben gezeigt, in welcher hohen Masse auch beim Aufbau der Materie elektrische Energie beteiligt ist.

Jonen und Protonen bilden die Urteile der Materie. Auch im menschlichen Körper hat man das Wirken von Elektrizität nachgewiesen. Es gehört heute zu den alltäglichen Weisheiten, dass der Mensch und sein Befinden im wesentlichen Zusammenhang mit dem elektrischen Spannungszustande der Atmosphäre steht. Alles das sind Erkenntnisse, die man in früheren Jahrhunderten wahrscheinlich in das Reich des Aberglaubens verwiesehen hätte. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache gewinnen auch die Ansichten, die der amerikanische Arzt Dr. G. W. Grile aus Cleveland (Ohio) vor der Amerikanischen Philosophischen Gesellschaft in einem interessanten Vortrag entwickelte, Anspruch auf Beachtung. Grile sprach ausführlich über die elektrischen Vorgänge im Körper des Menschen. Er stellte die These auf, dass durch die chemische Tätigkeit der Zellen Elektrizität hervorgerufen werde. Sobald diese chemische Tätigkeit und damit der elektrische Strom aufhöre, müsse der Tod eintreten. Noch interessanter und sensationeller aber ist Griles Auffassung von - der Liebe, die zwei Menschen miteinander verbindet. Er erklärt dieses "Höchste Wunder" kurz und bündig als - elektrische Ströme, die Mann und Frau miteinander verbinden.

Es bleibt abzuwarten, wie Verliebte und Liebende diese Nachricht aufnehmen werden, und wie sich die Dichter dazu stellen werden, deren Lieblings-thema auch heute die Liebe bildet, die sie mehr oder weniger lyrisch besingen. Und was sagt die hochnotpeinliche Juristerei dazu? Darf ein Richter, der diese These des Dr. Grile sich zu eigen macht, noch einen oder eine Ungetreue verurteilen, da doch die elektrischen Ströme an allem Schuld sind? Darf nicht der Strohvitwer, dessen Herz Feuer fängt, mit Recht den Einwand machen, dass eine Umlagerung der elektrischen Energie stattgefunden habe, für die er beim besten Willen nicht verantwortlich gemacht werden könne? Wird nicht jeder objektive Richter, der vielleicht die gleiche Tatsache in seiner eigenen Brust

konstatieren muss, den Sünder trotz empörter Zwischenrufe der entrüsteten Gattin feierlich freisprechen müssen und der Klägerin weitgehende Verzeihung empfehlen? Müssen wir nicht froh sein, dass, lange Jahrhunderte vor Dr. Grile, mit oder ohne Elektrizität, Abälard und Heloise, Hero und Leander, Tristan und Isolde, Romeo und Julia den Kontakt fanden, der den Stromkreis zwischen ihnen schloss. Etwas mehr oder etwas weniger Elektrizität auf einer Seite - und wir wären um manches klassische und nachklassische Liebespaar, um manche grosse Dichtung ärmer!

Aber noch andere Gedanken und Pläne müssen nach dem Vortrag des Dr. Grile auftauchen: Wäre es nicht möglich, dass sich irgendein genialer, biologisch geschulter Techniker fände, der mit Hilfe geeigneter Geräte die ausser Band und Band gerasteten elektrischen Energien heftig Verliebter wieder bändigt? Ja, werden im Jahre 2000 nicht allerorten auf der Erde grosse, glänzend gehende Fabriken solche Abstimmapparate für Liebende und Verschwämte am fliessend n Band erzeugen, und wird in der medizinischen Fakultät nicht als neueste Neuheit der Liebesabstimmarzt fungieren, dessen Aufgabe es ist, die elektrischen Energien positiv und negativ, je nach Wunsch, zu steuern? Müsste dem Manne nicht eine fabelhafte Praxis zufallen, um die ihn seine Kollegen der anderen Spezialgebiete glühend beneiden könnten?

Kehren wir jedoch aus unsern utopistischen Träumereien und Phantasiescherzen wieder zurück in die Wirklichkeit und erwähnen wir noch die These des französischen Wissenschaftlers Professor Arsène d'Arsonval, damit unsern heiteren Betrachtungen der ernste Schluss nicht fehle! Nach Ansicht dieses französischen Arztes ist der Herzschlag der beste Beweis für die Wirkung der Elektrizität im menschlichen Körper. Warten wir also ab, was die Wissenschaft fernerhin durch Untersuchungen und Hypothesen über den Zusammenhang zwischen Liebe und Elektrizität im besonderen, zwischen Seelenleben, Affekten, Depressionen und Elektrizität im allgemeinen finden wird!

M.

SPD. Der älteste Baum der Erde.^X Im amerikanischen Sequoia-Nationalpark befindet sich ein Riese der Pflanzenwelt, der den Namen "General Sherman Sequoia-Baum" führt. Mehr als 1000 Messungen wurden kürzlich an diesem Baume vorgenommen und ergaben, dass er gegenwärtig eine Höhe von 81,61 m und in der Nähe des Erdbodens einen Umfang von 26,84 m hat. Ein ähnlicher Riese ist der "General Grant-Baum" in Kalifornien, der unten noch breiter ist, aber nur 9/10 des Rauminhalts des General Sherman-Baums hat. Das Alter des letzteren wird von verschiedenen Forschern auf 4000 bis 5000 Jahre geschätzt.

SPD. Zweifelhafte Kapitalsanlage.^X Der Herzog von Wellington hatte von einem damals berühmten Künstler namens Wilkie ein Gemälde gekauft, das ihm sehr gut gefallen hatte. Er bezahlte die sechshundert Guineen (12 600 Mark), die der Maler gefordert hatte, in bar. Es war ein hübscher Haufen Geld, ein ganzes Säckchen voll. Der Künstler fragte, ob ein Scheck nicht praktischer sei. "Um des Himmelswillen nicht", sagte Wellington. "Soll mich denn mein Bankier für verrückt halten, weil ich für ein Bild soviel Geld ausbebe?"

Preussischer Landtag

5. Sitzung.

SPD. Berlin, den 3. Juni 1932.

Bei Eröffnung der Freitagsitzung des Preussischen Landtages ist die Regierungsbank wiederum leer. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Hinkler (Nat. Soz.) sofortige Abstimmung über einen Antrag des Geschäftsausschusses, der die Einstellung von Strafverfahren gegen nationalsozialistische Abgeordnete fordert. Der Ausschussantrag wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten angenommen. Zahlreiche Anträge der Fraktionen werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Das Haus setzt dann die allgemeine politische Aussprache fort.

Abg. Lohse (Nat. Soz.): Die Nationalsozialisten sind der Meinung, dass eine Währung nicht abhängig zu sein braucht von dem Golde. Das beste Beispiel haben wir in England und in nordischen Staaten. Wir haben ja selbst ein Beispiel gehabt, dass wir keine Goldwährung gebrauchen. Die Rentenmark, die nach der Inflation geschaffen wurde, war nicht durch Geld gedeckt, sondern durch den deutschen Grund und Boden. Warum sollte das bei einer neuen Währung nicht möglich sein? Wir werden solange wirtschaftlich und finanziell nicht gesund, als wir abhängig sind von der Weltfinanz. Dieser Zustand kann geändert werden durch eine neue Währung. Wir sehen es als unsere erste Aufgabe an, die Macht zu erobern und allein in den Besitz der Macht im Staate zu kommen.

Abg. Kaiser (Komm): Der nationalsozialistische Redner hat wieder den Zusammenbruch und den Untergang der Sowjetunion prophezeit. (Zuruf der Nat. Soz.: Festgestellt!) Festgestellt ist, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem in der Welt zusammengebrochen und dass in der Sowjetunion der Fünfjahresplan restlos durchgeführt ist.

Abg. Nuschke (Staatspt.): Mir scheint es, als ob beim neuen Reichskabinet eine Teilung der Harzburger Front sich dahin zeige, dass die Freiherren und Barone die Ministersessel und die Nationalsozialisten die Mandate übernehmen wollen. Von den Nationalsozialisten, die jetzt im Preussischen Landtag die stärkste Partei sind, haben wir bisher keinen einzigen positiven Antrag zu Gesicht bekommen. Weder zu den grossen sozialen und wirtschaftlichen Fragen, noch in politischer Hinsicht oder hinsichtlich der Not der Gemeinden haben die Nationalsozialisten Positives beizusteuern. Der Theaterdonner, den sie veranstalten, soll über ihre Impotenz auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete hinwegtäuschen. Auf die Dauer wird sich aber das deutsche Volk nicht täuschen lassen, und es kann Deutschland einst erwachen in ganz anderem Sinne, als Sie (zu den Nat. Soz.) es sich denken.

Abg. Freisler (Nat. Soz.): Es ist keine Uebertreibung, wenn wir sagen: Die Rechtsprechung hat sich auf dem gesamten politischen Gebiet zur Dienerin eines parteipolitischen und einseitigen Systems gemacht. (Sehr wahr! beiden Nat. Soz.) Das hat jeder von uns gefühlt, der als politisch Angeklagter vor Gericht gestanden hat. Sie (nach links) können das nicht verstehen, denn Sie waren nicht Objekt dieser Rechtsprechung. Glauben Sie (zu den Komm.) doch nicht, dass Sie von der Arbeiterschaft noch ernst genommen werden. Sie setzen Ihre Arbeit solange fort, bis wir es Ihnen endgültig unmöglich machen werden. (Händeklatschen bei den Nat. Soz. - Stürmische Kundgebungen der Kommunisten.)

Abg. Koenen (Komm): So sehr sich die Nationalsozialisten an Phrasen betrauschen und damit vor der Bevölkerung in das Licht der Wohltäter setzen zu können glauben, so sehr vermissen wird, dass auch nur ein einziger nationalsozialistischer Redner ausser den Phrasen und der Kritik auch nur einen einzigen Vorschlag zur Besserung des Loses der Erwerbslosen gemacht hat. (Sehr wahr! b.d. Komm.) Sie (zu den Nat. Soz.) können keinen Vorschlag machen, wie

man aus dem heutigen Wirtschaftschaos herauskommt, weil Sie die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft nicht ernsthaft angreifen können. Sie machen für Thyssen und für Lahusen Politik. Sie müssen dieses Theater hier aufführen. (Sehr richtig! bei den Komm.) Weil Sie die Interessen der Börsenjobber und Ausbeuter vertreten, deshalb müssen Sie auf der Strasse Arbeiter niederschlagen und draussen Streiks brechen. (Rufe bei den Nat.Soz.: Sie lügen!) Aus diesem Grunde dürfen die Nationalsozialisten auch dem kommunistischen Antrag auf Einführung einer Millionärssteuer nicht zustimmen.

Abg. Drügemüller (Soz.):

Die Reden der grossen Sieger der Preussenwahl, der Herren Nationalsozialisten, waren von einer in diesem Hause noch nicht dagewesenen sachlichen Dürftigkeit. Insbesondere die Rede des Abgeordneten Kube genügte nicht im entferntesten den Anforderungen, die man an den Führer einer grossen Partei stellen muss. (Lärm bei den Nat.Soz.) Bitte schreien Sie nicht so! Ihr Präsident Kerrl hat am Anfang seiner Amtsführung gebeten, neben dem grossen Stimmenaufwand zu beweisen, dass man auch über das entsprechende Quantum Geist verfügt. Er hat diese Mahnung an die Kommunisten gerichtet; aber wir sind überzeugt, dass sie auf seine eigene Fraktion der Nationalsozialisten gemünzt war. (Heiterkeit) Sie haben hier stürmisch verlangt, dass sich die Regierung auf die Anklagebank setzen sollte. Aber als 1925 die Preussenregierung im Wahlkampf siegreich geblieben war und Ministerpräsident Braun vor den neugewählten Landtag trat, hat namens Ihrer Partei der Abgeordnete Dr. Koerner Widerspruch dagegen erhoben, dass ein Minister vor einen Landtag trete, der durch diesen Landtag weder gewählt noch bestätigt sei. Als trotzdem Otto Braun zu sprechen versuchte - er wollte eine Protesterklärung der Preussischen Staatsregierung gegen die Fortdauer der Rheinlandbesetzung zu Gehör bringen - haben Sie ihn durch Lärmen daran zu hindern gesucht. Jetzt verlangen Sie das Erscheinen eines zurückgetretenen Ministerpräsidenten. Zu welchem Zweck eigentlich? Um die Reden und Erklärungen anzuhören, die Sie hier im Hause abgegeben haben, lohnte es doch wirklich nicht. (Sehr gut! bei den Soz.) Zu unserer Ueberraschung hat Herr Kube versichert, die Bereinigung der preussischen Regierungsfrage erscheine ihm in diesem Augenblick weder notwendig noch zweckmässig. (Lebhaftes Hört, Hört! bei den Soz.) Da scheint uns an der Selbstsicherheit, die Herr Freisler heut hier an den Tag gelegt hat, zur Amtsübernahme noch viel zu fehlen. (Sehr gut! bei den Soz.) Ich beabsichtige nicht, auf die Unzahl christlicher und nationaler Skandalfälle aus dem letzten Jahr heute einzugehen. Aber schreien Sie doch einmal statt des alten Barmat von den neuen Lahusen und Kreuger. (Sehr gut! bei den Soz.)

Herr Kube hat weiter erklärt, dass Russland und Italien natürlich nicht verpflichtet seien, andere Meinungen als die der Staatsleitung zuzulassen; aber in Preussen müssten sie die unbedingte Innehaltung der Redefreiheit und Demokratie fordern. Wir haben in diesem Zusammenhang eine Erklärung darüber vermisst, ob auch im Dritten Reich die eigene Meinung und das freie Wort eine freie Statt haben werden. (Sehr gut! bei den Soz.) Werden Sie auch, wenn Sie die Macht in Händen haben, sich dem neuen Urteil des Volkes unterwerfen? Herr Freisler hat darüber jede Erklärung abgelehnt. (Zuruf bei den Nat.Soz.: Das Volk hat schon gesprochen!) Die Frage ist gerade die, ob Sie es auch in Zukunft werden sprechen lassen.

Herr Freisler hat angekündigt, Sie würden auch das als politische Verbrechen bestrafen, was nach geltendem Recht noch unter keine Strafbestimmung fällt. Dieser Grundsatz ist weder neu noch deutsch; er stammt von der Entente und ihrer Forderung der Auslieferung des ehemaligen Kaisers und der anderen sogenannten Kriegsverbrecher. Uns erscheint jeder Gedanke an eine solche Rachejustiz eines Kulturvolkes einfach unwürdig. (Sehr gut! bei den Soz.)

Herr Steuer hat mit Pathos verlangt, dass dem preussischen Volk endlich der Maulkorb abgenommen werde. Der Redner der Konservativen Partei, die bis tief in den Weltkrieg hinein uns geknebelt, den Arbeitern die Versammlungssäle selbst in der Nähe der Grosstädte abgetrieben hat, ist die allerletzte, die derartige Klagen auch nur mit einem Schein von Recht vorbringen könnte. Diese Partei, die uns vorwirft, wir hätten durch den Klassenkampf das Volk zerissen, hat in ihrem Dreiklassenwahlrecht dem Hurenhalter in Altona das hundertfache Wahlrecht des ehrenhaften Hafenarbeiters gegeben; diese Partei hat die Arbeiterwitwen mit vier oder fünf oder mehr Kindern vom Wahlrecht ausgeschlossen; diese Partei hat den Klassengegensatz aufs äusserste verschärft in diese Klassengesellschaft, die überhaupt der kapitalistischen Wirtschaftsweise entspricht.

Die schamlose Hetze der Deutschnationalen und Nationalsozialisten gegen die Nachkriegsregierungen war nur möglich auf der Grundlage der Lüge, dass wir bei der Revolution dem deutschen Volk Glanz und Wohlstand versprochen hätten. Aber diese ganze Darstellung ist eine Ihrer zahlreichen Agitationslügen. (Lebhafter Widerspruch rechts) Wir haben Ihnen bereits im letzten Landtag die Rede Friedrich Eberts vorgelesen, in der er am 10. November 1918 vor den Berliner Soldatenräten im Zirkus Busch ausgeführt hat, es werde unerhört schwer sein, aus diesem Trümmerhaufen wieder einen Staat aufzubauen. Am 9. Juli 1919 hat der damalige Aussenminister Hermann Müller in der Nationalversammlung vor der Annahme des Versailler Vertrages erklärt: "Aufrechterhalten bleibt heute und immer unser einstimmiger Protest gegen diese Vertrag gewordene Vergewaltigung. Wir alle, unser ganzes Volk steht heute vor dem Aufbruch zu einem vierzigjährigen Marsch durch die Wüste." Das klingt ganz anders als die Ankündigung von Glanz und Wohlleben. Die Männer, die 1918 mutig und verantwortungsbewusst in die Bresche gesprungen sind, haben nichts Falsches versprochen; aber sie haben das schlimmste vom deutschen Volk und der deutschen Nation erfolgreich abgewehrt. (Lebhafter Beifall bei den Soz. - Lärm bei den Nat. Soz.) Der Leidensweg, den das deutsche Volk durchmessen muss, ist ihm aufgezwungen worden durch die Politik der kaiserlichen und königlichen Regierungen der Vorkriegszeit. Die Not des deutschen Volkes, die Not aller Völker stammt aus der nationalistischen Verhetzung, die den Blick für die Notwendigkeiten des Lebens trübte. Die Folgen dieser nationalistischen Verhetzung, den Krieg, hat noch immer die breite Masse des Volkes zu tragen gehabt.

Bei der Arbeitsbeschaffungsdebatte hat die Nationalsozialistische Partei angekündigt, sie würde im Rahmen der allgemeinen politischen Aussprache ihre Ideen entwickeln. Heute hat sich der Abgeordnete Lohse damit begnügt, aufzuzählen, wieviel notwendige Kulturarbeiten im alten reichen Preussen die Macht haben, die Hohenzollern, nicht geleistet haben. Dabei ein Wort zu der hier geführten Hohenzollerndebatte. Wir haben nie bestritten, dass unter den hohenzollernschen Fürsten ein paar tüchtige Kerle waren. Aber von Ihnen war es unfreundlich, dass Sie in der Aufzählung der Hohenzollern, die eine Leistung vorgebracht haben, ausgerechnet den Vater Ihres Fraktionskollegen vergessen haben. (Heiterkeit links, grosser Lärm bei den Nat. Soz.) Herr Abg. Lohse hat besonders auf die Notlage der Landwirtschaft hingewiesen. Uns ist diese Notlage niemals eine Nebenfrage gewesen. Es ist in der Tat ein Skandal, wenn der Landwirt für sein Schwein und sein Rind im Stall nur ein paar Mark bekommt, und der städtische Verbraucher unerhört hohe Fleischpreise zahlen muss. Aber da hilft kein noch so lückenloser Zolllarif; da hilft nur eine andere Organisation der Verteilung, die dem arbeitenden Bauern sichert, was er auf Grund seiner Arbeitsleistung beanspruchen kann. (Zuruf rechts: Eure Schieber!) Als meine Parteifreunde im Reichstag im Interesse der arbeitenden Bauern den Versuch unternahmen, einen völlig überflüssigen Teil des Handels - der Schieber, von denen

Sie sprechen - auszuschalten, als wir das Staatsmonopol für Getreideeinfuhr und Getreideausfuhr forderten, hat gerade die Nationalsozialistische Fraktion dagegen gestimmt. Sie schreien gegen die Schieber, weil Sie nichts gegen sie tun wollen. (Sehr gut! bei den Soz.) sie fordern die Arbeitsdienstpflicht. Gewiss, dann sind die Arbeitslosen beschäftigt. Nicht aber geben Sie damit dem arbeitenden Menschen auch die Möglichkeit zu leben; nicht geben Sie dem arbeitenden Menschen das Recht und die Entlohnung, auf die er einen ehrlichen Anspruch hat. In dieser neuen Reichsregierung braucht man keinen Reichsarbeitsminister, im dritten Reich wird man ihn noch weniger brauchen: die bisherige Aufgabe der Sozialpolitik übernimmt die Kompagnie-Schreibstube. (Grosse Heiterkeit und Sehr gut! links.)

Die Nationalsozialisten haben noch nicht den geringsten Versuch gemacht, auch nur ein einziges ihrer Wahlversprechen einzulösen. Im Nationalismus, in der Abriegelung der Völker von einander kann Zukunft und Wohlstand nicht liegen. Das wohlverstandene nationale Gefühl und wohlverstandener nationaler Besatzung hat sich die Sozialdemokratie noch niemals übertreffen lassen. (Grosser Lärm bei den Nat. Soz.) Die Herren, die noch kurze Hosen trugen, als wir das Vaterland verteidigten, können uns Sozialdemokraten national nicht beleidigen!! (Sehr gut! bei den Soz.) Aber bei aller Bejahung der Nation - nur die Abkehr vom völkerverhetzenden Nationalsozialismus kann die arbeitenden Menschen vom Untergang retten. Deutschland wird nur leben, wenn es sich abkehrt vom Nationalismus und wieder zuwendet dem Menschheitsideal der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Es folgen die Abstimmungen. Zunächst über den deutschnationalen Antrag, in die Geschäftsordnungsbestimmungen über die Wahl des Ministerpräsidenten die Stichwahl und die Entscheidung durch relative Mehrheit wieder einzuführen. Der Antrag wird mit 212 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Kommunisten gegen 202 Stimmen der Nationalsozialisten und ihrer Gefolgsparteien abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Misstrauensantrag Pieck gegen das geschäftsführende Kabinett Otto Braun.

Präsident Kerrl verliest ein Schreiben des Ministerpräsidenten Braun, dass die Frage, ob ein zurückgetretenes Kabinett vom Landtag zitiert werden könnte, auf sich beruhen könne. Denn die Begründung des Verlangens des Erscheinens der Minister durch die Abgeordneten Kube und Pieck beweise, dass es sich garnicht um eine sachlich begründete Forderung gehandelt habe, sondern lediglich um die Verunglimpfung der Staatsregierung und der einzelnen Minister. (Sehr wahr! links; Lärm bei den Nat. Soz.) Misstrauensvoten gegen eine zurückgetretene Regierung verstiesse gegen jeden parlamentarischen Brauch und den Geist der Verfassung. Hauptaufgabe des Landtages sei, in verfassungsmässiger Weise einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Das Staatsministerium würde es begrüssen, wenn der Landtag diese seine verfassungsmässige Aufgabe recht bald erfüllen würde. (Sehr gut! links; Wutausbrüche bei den Nat. Soz.)

Abg. Steger (Ztr): Auch wir halten einen Misstrauensantrag gegen ein zurückgetretenes Kabinett für unzulässig und unsinnig und werden uns daher an der Abstimmung nicht beteiligen.

Der Misstrauensantrag wird mit 253 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen angenommen. (Heiterkeit).

Abg. Borck (Dtn.): Ein formelles Misstrauensvotum gegen eine zurückgetretene Regierung ist ja eigentlich garnicht möglich. (Schallende Heiterkeit im Zentrum und bei den Soz.) Wir Deutschnationalen haben daher den Antrag gestellt, ganz allgemein der geschäftsführenden Regierung zu erklären, dass keine ihrer Handlungen vom Vertrauen des Landtages getragen wird. (Zuruf bei

Landtag, Blatt 5.

den Komm.: Ist derselbe Unsinn!) Wir wollen aber keinen Widerspruch dagegen erheben, dass unser Antrag durch die Abstimmung über das Misstrauensvotum für erledigt erklärt wird. (Erneute Heiterkeit.)

Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Verbots des Rotfrontkämpferbundes wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Es folgt ein kommunistischer Antrag auf 1. Einstellung aller Young- und Daweszahlungen; 2. Aufhebung aller Notverordnungen; 3. Beseitigung aller Zölle.

Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Zentrum beantragen getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte. Die Kommunisten bestehen als Antragsteller auf GesamtAbstimmung. Hierauf beteiligen sich Nationalsozialisten und Zentrum an der Abstimmung nicht. Es werden nur 129 Karten abgegeben; der Landtag ist also beschlussunfähig.

Präsident Kerrl hebt die Sitzung auf, ohne den Termin einer neuen Sitzung bekanntzugeben.
